

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
Geißelhaft und Peitsche für  
Katholiken  
Rabbiner im Konzentrationslager  
Preise klettern in die Inflation  
Diktatoren des Altertums

# Zwischen Göring und Fritsch

## Reichswehr immer noch „Sphynx“

Der alte Gegensatz zwischen der Reichswehr und dem Nationalsozialismus wurde auch durch den 30. Juni nicht beseitigt. Dieser Tag brachte der Reichswehr nur einen halben Sieg. Es siegten noch andere unter völlig anderen Gesichtspunkten, was u. a. durch die Erschießung Schleichers zum Ausdruck kam. So hat der 30. Juni die Gegensätze eher verschärft. Schwerindustrie, Göring-Gruppe, Hitler-Blomberg und Gruppe, Hitler-Blomberg und Gruppe (eine besondere Richtung vertretend) auch Fritsch, waren sich zwar einig in der Aktion gegen die SA über Umfang, Ziel und Methode bestanden jedoch Differenzen. Die Reichswehr wollte nicht nur die damalige SA-Führung, sondern die ganze SA loswerden, sie wollte der SA gegenüber nicht nur ihren Charakter als die „einzige waffentragende Macht“ wahren, sondern nicht einmal SA-Führer und Mannschaften in die Reichswehr aufnehmen. Doch gerade dies wurde nach dem 30. Juni wieder in verstärktem Maße versucht. Kämpften die Leute am Röhms gegen die Reichswehr, um diese zu ersetzen, so kämpften die Leute um Göring um die Reichswehr, um diese in ihrem Sinne zu zersetzen und als zuverlässiges Instrument ihrer Terrorherrschaft zu sichern.

Diesen Bestrebungen setzen sowohl die Kreise um Blomberg als auch — und zwar in besonders starkem Maße — jene um Fritsch Widerstand entgegen. Die Fragen der Wehrform, der Ausbildung, der Aufgaben der Wehrmacht usw. spielen in diesem Streit wieder eine große, ja die entscheidende Rolle. Hitler steht zwischen Göring und Fritsch, unentschieden wie immer. Die Verbindung Blomberg-Hitler stellt das Zentrum dar, das bestrebt ist, Nationalsozialismus und Reichswehr zusammenzuhalten. Aber wenn der Nationalsozialismus seine heutige Herrschaft uneingeschränkt behaupten will, muß er ganz auf die Wehrmacht rechnen können, was er scheinbar doch noch immer nicht kann. Göring würde aus der Wehrmacht ein solches Instrument machen. Aber nach Auffassung der Gruppe Fritsch kann dies nur auf Kosten der Brauchbarkeit gegen den „äußeren Feind“ geschehen. Das Problem ist das: wie ist die innere und äußere Funktion der deutschen Armee miteinander zu vereinbaren, ohne die gegenwärtige Staats- und Wirtschaftspolitik aufzugeben? Wie können die Massen zur gleichen Zeit versklavt und für die begeisterte Kriegsführung gewonnen werden? Wie sind totaler Staat und totale Mobilmachung miteinander zu vereinbaren?

Das ist in diesem Staat das entscheidende Problem. Pressemeldungen zufolge wurde es kürzlich in einer Denkschrift des Generals von Fritsch offen aufgerollt. Vielleicht sind Zweifel am Vorhandensein dieser Denkschrift berechtigt, denn amtlich ist darüber nichts bekannt, doch entscheidend ist, daß die Probleme vorhanden sind.

In dieser Denkschrift wehrt sich die Reichswehr nicht nur gegen den Totalitätsgedanken der NSDAP, der keinen Raum mehr für den Staat im Staate lassen will, es wird dort auch von überparteilicher und gesamtnationaler Jugend- und Jugendbildung gesprochen. Die nationalsozialistische Erziehung reiche nicht aus und man täusche sich eine Stimmung vor, die Wirklichkeitsfremd sei. Im Moment der Gefahr könne man sich auf breite Volks-

schichten nicht verlassen. Selbst gegen die heutige Art der Rüstung nimmt Fritsch Stellung. Er hält sie für verfehlt. Sie erinnern ja auch reichlich an das Flottenbauprogramm der wilhelminischen Ära. Die Gegensätze werden dadurch verschärft, die Mittel verschleudert. Beides bewirkte ja bekanntlich auch das Flottenbauprogramm. Bei Kriegsausbruch war das ganze Zeug unbrauchbar. Es war vor allem ein Geschenk an die Rüstungsindustrie,

aber auch eine wirkliche Ursache des Krieges! —

Es verlaute, Hitler zeige sich den militärischen Einwendungen Fritsch' durchaus geneigt, er müsse anerkennen, daß sie vielfach berechtigt sind. Aber ihre Berücksichtigung würde von solchen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen begleitet sein, daß der Nationalsozialismus davor zurückschrecken muß.

Behaupten sich in diesem Schreck die Nationalsozialisten, dann könnte Deutschland von ihnen in einen Krieg hineingetrieben werden, den es nach der Auffassung der Wehrmacht auf keinen Fall erfolgreich führen kann.

Behauptet sich die Reichswehr, dann ist die heutige Herrschaftsform wieder stärker bedroht, der Krieg zunächst vertagt. Hitler kann nach beiden Seiten umfallen.

## Das sind die Herren Studenten!

### Vom Prager Insignienstreit zum zweiten Weltkrieg?

So ist es richtig! Weil die deutsche Universität in Prag einige gelbmetallene Geräte ohne Gebrauchswert an die tschechische Universität abgeben mußte, demonstriert die akademische Lausbubokratie von Berlin und Köln gegen die Tschechoslowakische Republik.

Kein Wort über den erledigten Prager Insignienstreit! Er interessiert uns nicht, wir haben für ihn nicht das geringste Verständnis. Aber was uns interessiert, ist die Tatsache, daß man in Berlin Protestversammlungen unter freiem Himmel und in Köln öffentliche Umzüge halten kann. Welches Glück der Freiheit blüht auf einmal dem deutschen Volke!

Protestversammlungen in Berlin, öffentliche Umzüge in Köln — waren? Haben die Herren Studentchen eine Ahnung, warum, weshalb, wofür, wogegen sie Heil und Nieder und Prosit und Perat brüllen? Kennen sie überhaupt die Welt, in der sie sich befinden?

Da stehen sie nun in der Rauchstraße in Berlin vor der tschechoslowakischen Gesandtschaft und singen:

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,  
der wollte keine Knechte.  
Drum gab er Säbel, Schwert und Speiß  
Dem Mann in seine Rechte.  
Drum gab er ihm den kühnen Mut,  
Den Zorn der freien Rede...

Wahrhaftig, das singen sie! Und die Erde öffnet sich nicht, diese Rotte Korah zu verschlingen? Aber nein, Göring schmunzelt gnädig, Göbbels grinst vernünftig über das ganze Gesicht. Hitler hat zum mindesten nichts dagegen einzuwenden. Denn der Zorn der freien Rede, der mit Säbel, Schwert und Speiß droht, gilt ja nicht den Würmern des deutschen Volkes, er gilt dem Gesandten der Tschechoslowakischen Republik!

In Deutschland werden Menschen, ehrenhafte, angesehene, rechtschaffene Männer und Frauen, wie herrenlose Hunde zusammengefangen, nachts aus ihren Wohnungen geholt, geschlagen, bis das Blut spritzt, in Kerker geworfen, in Konzentrationslager gesteckt und keiner sagt ihnen, wann sie den Tag der Freiheit schauen werden. In Deutschland steckt man öffentliche Gebäude an, um nachher wissenschaftlich unwahr politische Gegner der Brandstiftung bezichtigen zu können. In Deutschland werden Rollkommandos ausgeschiedet, um politische Verdächtige aus dem eigenen Lager oder Deutschnationale oder Katholiken niederzuknallen. In Deutschland werden Ausländer auf der Straße angefallen, bespioniert, beschimpft, geschlagen, verschleppt — und wer in Paris, in London, in Brüssel, in Amsterdam, in Prag

hält dagegen Protestversammlungen unter freiem Himmel ab, wer veranstaltet dagegen öffentliche Umzüge?

Uns ist bekannt, daß der Berliner Gesandte eines Deutschland benachbarten Staates in mehr als 300 Fällen wegen Mißhandlung seiner Schutzbefohlenen zu intervenieren gezwungen war. Von all diesen Fällen ist so gut wie nichts in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Man hat sie absichtlich verschwiegen. Warum? Weil man auf die Erhaltung freundschaftlich-korrekturer Beziehungen Wert legt, weil man den Frieden nicht gefährden will!

Aber wenn in Prag eine alte goldene Kette ihren Besitzer wechselt, dann zieht der akademische Haufen vor die tschechoslowakische Gesandtschaft, um seiner Entrüstung über diese nationale Schmach Ausdruck zu geben. Weiter fehlt nämlich dem deutschen Volke zu seiner Ehre nichts, als daß die bewußte goldene Kette auch weiterhin dem Rektor der deutschen Universität um den Hals hängen darf!

Hoffen wir, daß die mittlerweile eingetretene Beruhigung sich von Prag aus auch auf die übrige Welt ausbreiten wird! Hoffen wir, daß sich an diesem grandiosen Insignienstreit kein neuer Weltkrieg entzündet! Hoffen wir, daß über diese lächerliche Geschichte in einer Woche kein Mensch mehr redet!

Aber auch dann noch bleibt der Fall interessant und lehrreich, weil symptomatisch. Zeigt er doch, was alles möglich wird, wenn der Menschheit der politische Verstand verloren geht! Zeigt er doch, wie in einer elektrisch geladenen Atmosphäre Funken entstehen und aus ihnen Brände und Explosionen. Ja, der Fall ist lehrreich. So fängt es an. Das ist die typische Ablenkung nach außen!

Erst hat man es mit Judenhetze versucht, dann trieb man einen republikanisch gesinnten Reichsbankrat und Hausbesitzer wegen angeblich unsozialer Gesinnung durch Radau und Gefangennahme zum Selbstmord. Sodann veranstaltete man Lustjagden auf wirkliche oder angebliche Hamsterer. Ist es schon so weit, daß solche Volksbelustigungen nicht mehr ziehen, wenn man nicht auswärtige Gesandtschaften zu ihrem Objekt macht? Muß der Volkszorn sich in der Rauchstraße Luft machen, damit er sich nicht noch viel gründlicher in der Wilhelmstraße entläßt?

Am Vorabend der Kriegserklärung Ende Juli 1914 demonstrierten nationalistische Studenten in Berlin Unter den Linden gegen den „Erbfeind“. An einem Fenster der französischen Botschaft, von einem Vorhang verdeckt, stand der Botschafter

Cambon, die Tränen liefen ihm die Wangen hinunter und er sprach: „So wie hier treiben sie es heute in allen Großstädten Europas — und wer kann das Unglück ermessen, das daraus entsteht?“

In Berlin demonstrierten damals an demselben Tage auch die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie brachten — das durften sie damals — Hochrufe auf den Frieden aus und sangen ihr altes Kampflied nach den Klängen der Marseillaise, des Sturmganges der französischen Revolution. Wer darf heute auf deutschen Straßen den Frieden hochleben lassen, oder die freiheitlichen Ideen von 1789 preisen? Ausgerottet, niedergetroten, in die Katakomben gejagt sind alle Faktoren einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung. Jene Kräfte, die damals so schwach waren, das Unheil zu verhüten, sie sind heute — oberirdisch sichtbar — überhaupt nicht mehr vorhanden.

Was in diesen Tagen in Prag und Wien, Köln und Berlin aufloderte, war nur ein Tropfen Fegefeuer. Es war noch nicht die Hölle, es kann noch zum Guten wirken, wenn es als Warnung wirkt.

Die Politik der Nichtintervention hat ihren Sinn verloren. Zu eng ist dieses Europa, als daß die Menschen in Paris, London oder Prag gleichgültig bleiben könnten gegenüber dem, was den Menschen in Berlin und Dresden, Köln und Breslau widerfährt. Ueberall auf europäischem Boden, vor allem aber jetzt auf deutschem vollzieht sich europäisches Schicksal. Es ist für die zivilisierte Welt, für die Welt, die den Frieden will, unmöglich, zwischen den zwei Deutschland, die es heute gibt, dem Deutschland der Unterdrückten und dem der Unterdrückten, noch länger den Neutralen zu spielen. Wenn sie nicht offen für das Deutschland der Unterdrückten, für das um Freiheit und Frieden ringende unterirdische Deutschland Partei ergreift, ist sie verloren!

Soll sie zu den Waffen greifen, Krieg gegen Deutschland führen? Nimmermehr! Gerade wenn sie das nicht will, muß sie sich ihrer Solidarität bewußt sein mit jenen Deutschen, die gegen eine Verbrecherbande für Deutschland kämpfen. Und sie soll gegen die verblödeten Sprößlinge der Bourgeoisie, die nur den lautesten, nicht den größten Teil der Studentenschaft ausmachen, die Arbeiter rufen, die für ihre Rechte und für das Brot ihrer Kinder kämpfen, nicht für Ehrenketten und Szepter, Zöpfe und Perücken. Nur die deutschen Arbeiter können Europa retten! Helft ihnen zur Freiheit, damit sie es tun!

## Der Rabbiner im K.-Z.

Heilmann und A. T. Wegners Martyrium.

Zu den Büchern über Hitlers Konzentrationshöhlen gesellt sich ein neues; mit ihm tritt ein jüdischer Seelsorger vor die Öffentlichkeit, um Europas Gewissen wachzurufen. Das Heft ist betitelt: „Juda verreckt“ und erscheint in der Druck- und Verlagsanstalt Teplitz-Schönau. Sein Verfasser, Max Abraham, war Rabbiner in Rastow, wurde am 26. Juni 1933 auf dem Heimwege zweimal von dem 23-jährigen Sturmbann-Adjutanten Meiercord angefallen und mißhandelt. Er wehrt den Angreifer das zweite Mal ab, wird deshalb verhaftet — und nun beginnt das furchtbarste Martyrium, das fünf Monate währen sollte und mit einer Gerichtskomödie endet, bei der das Subjekt Meiercord den Staatsanwalt spielen durfte. Der angegriffene Rabbiner, vom Konzentrationslager zerschlagen und zermartert, wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, floh schließlich und ging über die Grenze.

Schon bei der Verhaftung setzten die Mißhandlungen ein, in Oranienburg werden sie mit allen Mitteln fortgesetzt. Der Lagerkommandant Schäfer weiß von den sadistischen Quälereien, duldet sie und verfaßt über seine Folterstätte eine Schwarte, in der er das Wort von „singenden, lachenden Oranienburg“ prägt. Die Führung der Judenkompanie hat ein gemäßigter SA-Mann; binnen kurzem fliegt er, weil man in Hitlers Höhlen nur teuflische Schinder brauchen kann. Zu dieser Judenkompanie gehören 39 Jungen aus einer Berliner jüdischen Erziehungsanstalt; diese Kinder werden stundenlang auf das grauenhafteste mißhandelt.

Der Jüngste von ihnen zählt 13 Jahre. Er wird geschlagen wie die anderen. Der Rabbiner muß die Aborte mit bloßen Händen reinigen, wird als Latrinendirektor verhöhnt, beschimpft, gemartert, erkrankt an Grippe und wird von SA-Sanitätern mit Rizinusöl traktiert.

Von Oranienburg gehts nach Papenburg. Dort regiert SS. Schon auf dem Anmarsch werden die Häftlinge von der betrunkenen Mannschaft gepeinigt. Der bekannte

Schriftsteller und Orientforscher Armin T. Wegner

sinkt unter der Last seines Gepäcks zusammen, bekommt schwere Kolbenschläge, muß singend weitermarschieren, bricht wieder zusammen, wird mit dem Kolben bis zur Bewußtlosigkeit regaliert. Alle „kamen schon blutüberströmt im Papenburger Lager an“ — und so ging es weiter. Arbeiten im Moor, denen nur wenige gewachsen sind, Schläge auch für Greise, wenn sie nicht weiter können.

Der Nationalökonom Thinius, während des Krieges Offizier und Inhaber des EK I, hat durch Kriegsverletzung eine verkrüppelte Hand, kann damit vor Schmerzen kaum greifen, läßt die Sandkarre fallen — und erhält dafür auf die kriegsverletzte Hand unzählige Schläge mit dem Gummiknüppel. Als er auf seine Kriegsdienste verweist, zerdrückt ihm ein zwanzigjähriger SS-Lump mit dem Kolben den Rücken!

Der Rabbiner soll seine Religion in den Dreck treten, soll an einem hohen Feiertage in der Dungsgrube predigen. Aber Abraham ist ein tapferer Mensch, er hat sich mehrfach gewiegert, kommandierte Gemeinheiten zu begehen, er weigert sich auch diesmal — man schlägt ihn dafür bewußtlos. Am Nachmittag wird er an der Dungsgrube vom SS-Scharführer Everling aufgefordert, einen Vortrag über das Judentum und andere Religionen zu halten. Er beginnt tapfer mit dem Bibelsatz: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst...“ Darauf Everling:

„Hör auf, du Schwein, wir werden dir beibringen, was man unter Nächstenliebe versteht!“

Und er wird so furchtbar mißhandelt, daß er unter Krämpfen liegen bleibt. Halb tot landet er in der Krankenstation, nichtjüdische Sozialdemokraten und Kommunisten bemühen sich aufopfernd, seine Leiden zu lindern. Auch Hirtsiefer, der frühere preußische Wohlfahrtsminister, wird seines Glaubens wegen verhöhnt, beschimpft, geschlagen. Hitler aber spielt sich in öffentlichen Reden als Schirmherr der Religion auf.

Heilmanns Leidensgeschichte hat der Rabbiner Seite an Seite miterlebt. Heilmanns grauenhafteste Zeit beginnt in Papenburg. Die Schilderungen dieses Augenzeugen bestätigen alle jene furchtbaren Berichte als richtig, die über Heilmanns Marterungen durch die ausländische Presse gingen. Wer diesen Mann kennt, der weiß, daß er alle Zeit ein ungewöhnlich mutiger, tapferer Mensch war. 1915 ging er als Kriegsfreiwilliger ins Feld; zweimal wurde er ver-

# Gewalt im Klassenkampf

Ein paar Bemerkungen mehr parteigeschichtlicher Natur

Zur Debatte über die Rolle der Gewalt im Klassenkampf möchte ich ein paar Bemerkungen mehr parteigeschichtlicher Natur machen. Zuvor muß ich aber einen Irrtum berichtigen.

Schiff hat mit seinem Aufsatz über die Lehren des spanischen Aufstandes natürlich nur für seine Person gesprochen und sprechen wollen, nicht für die Partei oder eine Gruppe oder auch nur für einen Freundeskreis. Die Diskussion mit ihm kann daher nur von Genossen zu Genossen geführt werden, nicht von „Gruppe“ zu „Gruppe“ oder von „Richtung“ zu „Richtung“.

Ich selber möchte hinter manches Wort Schiffs ein Fragezeichen stellen. Ja, wenn die Politik, das Leben überhaupt, eine Sache der destillierten reinen Vernunft wäre, dann hätte er vollständig recht. Aber da es auch Gefühle, Leidenschaften gibt, die sich in tragischen Situationen zum Wort melden, geht seine Rechnung nicht ohne Bruch auf. Ich glaube, keiner von uns wird jemals mit dem Problem ganz fertig werden, ob er in entscheidenden Augenblicken richtig gehandelt hat.

So viel vorausgeschickt. Und nun ein paar Bemerkungen über die Rolle der bewaffneten Gewalt in der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts hat das Andenken der Märzgefallenen von 1848 und der Kommunekämpfer pietätvoll geehrt. Aber an die Anwendung von Waffengewalt im Klassenkampf hat sie niemals gedacht. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes war sie sorgfältig bestrebt, alles zu vermeiden, was Anlaß zu seiner Erneuerung hätte bieten können. „Laßt euch nicht provozieren, die Reaktion will schießen!“ lautete damals die Parole.

Der erste, der die Veranstaltung von Straßendemonstrationen im Wahlrechtskampf empfahl, war zufälligerweise der „Vater des Revisionismus“ Eduard Bernstein. Zu jener Zeit hörte ich aus dem Munde des bürgerlichen Demokraten Theodor Barth die Worte: „Das preußische Wahlrecht kriegen wir erst, wenn ein paar Tote auf dem Pflaster liegen.“ worauf Friedrich Naumann entgegnete: „Die deutsche Sozialdemokratie ist blutschou.“

Einer der entschiedensten Gegner von Straßendemonstrationen war Paul Singer. Ich habe ihn in stundenlangen Gesprächen zu bekehren versucht, und ich kann rückblickend nur das hohe Verantwortungsgefühl bewundern, mit dem dieser alte radikale Führer das Problem betrachtete. Schließlich aber sagte er zu mir: „Na, wenn Ihr Revisionisten

wundet, zweimal zog er wieder hinaus. Er wehrte sich im KL gegen all die gemeinen Demütigungen, die seine Schinder ihm auferlegten, aber in Hitlerdeutschlands Folterhöhlen werden Körper, Geist und Willen so lange zerschlagen, bis auch der Festeste nur noch ein Schatten seiner selbst ist. Als Ernst Heilmann, schwerverletzt und völlig gebrochen, nicht mehr weiter konnte, verließ er seinen Arbeitsplatz, hörte auf keinen Anruf, wollte erschossen sein — der SS-Posten traf ihn erst mit der neunten Patrone. Beinschuß, Regungslos blieb er liegen, kam ins Krankenhaus. „Das war am 29. September 1933“, schreibt Abraham. Und wo ist Ernst Heilmann heute?

Ungeheuerlich ist das Martyrium dieser Ungezählten, die sich trotz Marter und Demütigung nicht beugen, ihre Gesinnung nicht abschwören. Alle diese Aufrechten könnten es ja leichter haben, wenn sie die Verräter spielen, wenn sie sich als reuig Bekehrte zeigten und ihre bisherigen Ideale in den Dreck träten. Sie werden wider Recht und Gesetz gemartert, weil sie ihrem Glauben treu bleiben, und das Hobbeld ihres Heldentums wird in Deutschland gesungen werden, wenn zwischen Rhein und Oder die Menschlichkeit wieder gesiegt hat. Aber ewig bleibt die Schande, daß das „gesittete Europa“ diese Konzentrationslagerschmach mit angesehen hat, ohne sie durch einen allgemeinen Aufschrei des Zornes und des Abscheus hinwegzufegen.

Gregor.

## Hitler unter Zensur

Das Land der unbegrenzten Unwahrscheinlichkeiten — das ist das heutige Deutschland! Am 18. November hat Hitler dem französischen Frontkämpfer Goy ein Interview gegeben, das im „Matin“ abgedruckt war.

nichts anderes wollte, darüber läßt sich vielleicht einmal reden.“

Mit der Steigerung des Wahlrechtskampfes kam die Frage des Massenstreiks aufs Tapet. Vorkämpfer des Massenstreiks war der „Revisionist“ Ludwig Frank, während der damals „radikale“ „Vorwärts“ über „revisionistische Massenstreikromantik“ spottete. Franks Auffassung wurde von „Revisionisten“, die des „Vorwärts“ von „Radikalen“ lebhaft beklämpft.

Dann kam der Krieg und der Herbst 1918. Nicht aus blutigem Kampf, aus der jahrzehntelangen Arbeit der Partei und aus dem Zusammenbruch des alten Systems entstand die demokratische Republik. Sie erst wurde von einer ganzen Serie bewaffneter Aufstände heimgesucht, die sich alle gegen sie wandten.

Zu Weihnachten 1918 meuterte die Volksmarinemedivision und setzte die Volksbeauftragten in der Reichskanzlei gefangen. Es hat Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, wie die Meuterei zweckmäßig zu bekämpfen war, aber kein Sozialdemokrat hat sie gebilligt. Dann kam der Spartakusaufstand vom Januar 1919, den Rosa Luxemburg vergeblich zu verhindern versucht hat und den selbst Karl Radek als eine ungeheure Eselei bezeichnet hat. Kein Sozialdemokrat hat diesen Aufstand gebilligt. Zu einer moralischen Katastrophe für die Veranstalter wurde der mitteldeutsche Aufstand vom Frühjahr 1921. Entrüstet über solch verantwortungsloses Treiben verließen Paul Levi und andere kommunistische Führer ihre Partei, um zur Sozialdemokratie zurückzukehren. Die „Freiheit“ weiterte mit dem „Vorwärts“ in Tönen der allerschärfsten Verurteilung.

Die Ära der zentral geführten kommunistischen Aufstände war damit vorüber. Denn der Hamburger Aufstand von 1923 brach ja nur aus, weil die zentrale Abblaseparole die Hamburger Kommunisten zu spät erreicht hatte.

Die Zeit der revolutionären Offensivstöße war vorbei. Man war in die Defensive gedrängt.

In der Defensive gaben die Kommunisten die Parole des Heckenschützenkrieges aus: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ Später haben sie selbst das Verhängnisvolle dieser Parole erkannt und ihren Urheber hinausgeworfen.

Die Sozialdemokraten gingen ins Reichsbanner. Das Reichsbanner, das aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Republikanern bestand, und das vor intimen Beziehungen zu gewissen Reichswehrstellen nicht zurück-

Seinen Hauptinhalt — einen geradezu flehentlichen Anbiederungsversuch des „Führers“ an Frankreich — haben wir hier wiedergegeben.

Der deutschen Presse aber wurde verboten, von dieser Unterredung zu berichten. Der stumme und taube Untertan des Dritten Reichs soll nicht erfahren, daß Hitler mit Franzosen spricht, als ob er Stresemann wäre oder einer der Pazifisten, die er in seinen Konzentrationslagern gefangen hält und täglich mißhandelt läßt.

Wer hat den Abdruck verboten? Hitler selbst? Dann treibt er eine so plumpe Politik der Verlogenheit, des doppelten Bodens, daß man das Maß dieser Dummheit nicht mehr fassen kann. In der Tat ist durch das Verbot für Deutschland jeder Wert des Interviews für das Ausland völlig vernichtet worden.

Wer hat den Abdruck verboten? Nicht Hitler? Also Göbbels? Das Auswärtige Amt? Steht Adolf I. schon, ebenso wie einst Wilhelm II., unter Zensur? Ist es wieder so, daß in allen Ämtern das große Zittern beginnt, wenn eine majestätische Schwätzerel, die man gern verborgen hätte, in die Öffentlichkeit kommt?

Wer ist dafür verantwortlich, daß dem „Führer“ zwei Franzosen zugeschickt werden, die in ihrer Heimat nichts bedeuten, und daß durch sie — über die französische Regierung hinweg — Liebeserklärungen an das französische Volk gerichtet werden, die kein Mensch in der Welt ernst nimmt? Wer ist dafür verantwortlich, daß dieses Interview durch ein deutsches Zensurverbot zu einem Objekt des Weltgelächters wird?

Verantwortlich ist dafür niemand, weil es ja im Dritten Reich überhaupt keine Verantwortlichkeit gibt. Die wird erst wieder beginnen, wenn die blutige Schmierkomödie zu Ende ist.

schreckte, wurde der Träger einer militanten Ideologie in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Reichsbannerleute waren es, die am 20. Juli 1932 mit dem Gedanken des Losschlagens spielten. Sie haben ihn nicht verwirklicht, und ich bin auch heute noch der Meinung, daß ein Losschlagen an jenem Tage — gegen die schwerbewaffnete Reichswehr — nur zu einem kurzen Gemetzel und zur völligen Niederlage geführt hätte. Sie taten recht, daß sie nicht losschlugen, sie taten unrecht, nachher zu sagen, sie hätten nicht losschlagen können, denn sie hätten keinen Befehl dazu gehabt. Wer sich selber opfern will — und um etwas anderes als um ein Opfer ohne Aussicht auf Sieg hätte es sich nicht handeln können — braucht dazu keinen Befehl.

Nach dem 20. Juli 1932 ist meines Wissens von einem organisierten bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus nirgends mehr die Rede gewesen. Auch bei den Kommunisten nicht, die der Meinung waren, erst müsse man den Faschismus kommen lassen, dann erst werde die Zeit für ein Sowjetrußland da sein. Das Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz fiel den Braunen ebenso kampflös in die Hände wie das Vorwärts-Haus in der Lindenstraße, und alle sozialdemokratischen und kommunistischen Partei- und Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland.

Nach dieser kurzen geschichtlichen Betrachtung sage sich der Leser selbst, ob es möglich ist, das Problem des bewaffneten Aufstandes oder auch des bewaffneten Widerstandes nach veralteten Richtungsschablonen abzuhandeln!

Das vorläufige Ende der deutschen Arbeiterbewegung vollzog sich unheroisch, und an diesem keineswegs glänzenden Ausgang waren Sozialdemokraten und Kommunisten in gleicher Weise beteiligt. Wenn die Kommunisten uns deshalb Vorwürfe machen, lachen wir ihnen ins Gesicht. Wer hat sie denn gehindert, in einem letzten Verzweiflungskampf den Heldentod zu sterben? Keiner kann uns etwas vorwerfen, der uns nicht vorgestorben ist!

Sollten wir aus diesen Erfahrungen nicht auch für unsere häuslichen Auseinandersetzungen lernen? Wie kann man sagen: „Die alten Parteien sind zwar tot, aber die alten Richtungen, die leben noch!“ Wir gehen einer ganz neuen Zeit entgegen und ganz neuen Problemen; auch das Problem der Gewalt im Klassenkampf wird ein neues Gesicht bekommen. Wir alle sollten uns bemühen, unvoreingenommen und unbeschwert von parteigeschichtlichen Irrtümern, von denen ich hier einige zu widerlegen versucht habe, an diese Probleme heranzugehen!

Friedrich Stampfer.

## Rosenberg fürchtet sich nicht

Wenig bemerkt verlief im Oktober in Leipzig eine sächsische Lehrertagung. Sie war im Gegensatz zu ähnlichen Veranstaltungen vergangener Zeit schlecht besucht, schlecht organisiert und vom Geiste tiefer Unlust erfüllt. Hauptredner war Herr Alfred Rosenberg, der bekannte Kulturspezialist der NSDAP. Als er am Rednerpult erschien, begrüßte ihn kein Beifall. Schon darüber war der große Mann sichtlich erstaunt. Dann sprach er von dem Krieg der Zukunft und behandelte dieses Thema mit jenem heldischen Schwung, der allen Nazirednern gemeinsam ist, wenn auch noch um einen Grad langweiliger als die meisten. Natürlich versicherte er, daß das Dritte Reich an dem neuen Krieg ganz unschuldig sein werde. Mit der gleichen Sicherheit aber prophezeite er, daß „wir unsere Feinde auf den Boden zwingen würden“.

Hier setzte der große Mann seine Rede ab, sah sich siegesgewiß um und wartete auf Beifall. Doch der blieb gänzlich aus. Die Hörer verharren in eisigem Schweigen. Dieses Schweigen brachte den großen Mann gänzlich außer Fassung. Er blätterte nervös in seinem Manuskript herum, noch immer auf den programmäßig fälligen Beifall wartend. Schließlich trompetete er mit drohender Stimme in den Saal:

„Es macht mir geradezu den Eindruck, als ob sich die Herren vor dem kommenden Krieg fürchteten.“

Alfred Rosenberg fürchtet sich nicht. Er wird den Krieg der Zukunft genau ebenso wie den der Vergangenheit irgendwo im Hinterlande verliehen.

# Amerika spricht

Norman Thomas über Demokratie und Deutschland.

„Heute steht Europa, wie allgemein zugegeben wird, am Rande des Krieges“, sagt Norman Thomas, ein Führer des amerikanischen Sozialismus, in seinem neuen Buch »Faschismus oder Sozialismus? — Wir haben die Wahl. (George Allen & Unwin.) Er setzt sich mit dem Sturz der alten Ordnung auseinander und zeigt, was wert ist, darauf gerettet zu werden. Der Verfasser ist sich der Grenzen der politischen Demokratie in der Vergangenheit bewußt, aber er ist auch bemüht, ein vernünftiges Urteil über ihre Möglichkeiten in der Zukunft zu finden. Er sagt:

Eine jener Erscheinungen, die zugleich mit dem Kapitalismus emporwachsen, war der Glaube an die Demokratie. Dieser Glaube war oft heuchlerisch, entstellte, einseitig und in der Praxis schlecht verwirklicht. Aber er ging tief. Heute ist es Brauch in den Kreisen, die unter kommunistischem und faschistischem Einfluß stehen, die Demokratie oder das, was sich heute Demokratie nennt, als ausgesprochen kapitalistische Einrichtung zu verwerfen. Historisch gesehen ist das ein Irrtum.

Es ist wahr, daß der Kapitalismus mit seiner Auflehnung gegen jene herkömmliche Einstellung der Menschen, die unter dem Feudalismus vorherrschte, eine erhöhte politische Macht für die Mittelklasse forderte. In seinem Fortschreiten gewährte er auch dem Arbeiter mehr politische Rechte.

Es wäre aber ein Irrtum, zu glauben, daß diese Rechte für die Arbeiter ein freiwilliges Geschenk waren, sie waren ein Ergebnis der Arbeiterforderungen und ein notwendiges Zugeständnis.

Die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit hat nicht nur in den Kriegsjahren an Boden verloren, sondern auch in der Nachkriegszeit.

Doch der Lobredner von Kommunismus oder Faschismus, der einige merkwürdige und bedauerliche Einschränkungen der Freiheit in Amerika als Beweis dafür nimmt, daß unsere Demokratie äußerster Heuchelei bedürftig ist und daß die Zustände hier die gleichen seien wie in Rußland, Deutschland oder Italien, redet Unsinn.

Von den deutschen Sozialdemokraten sagt Norman Thomas:

„Sie veräumelten es, die Monate ihrer wirklichen Macht nach dem Waffenstillstand für wirksame Propaganda und Erziehung zu gebrauchen. Sie hätten viel lernen können, wenn es ihnen möglich gewesen wäre, einige von Hitlers Propagandamethoden voranzusehen. Sie ließen reaktionäre Richter im Amt und hohe Zivilbeamte in Stellungen, wo sie sozialistische Versuche verhindern konnten.

Man muß ihnen zugute halten, daß sie versuchten, eine Verfassung zu schaffen, die der höchste Ausdruck einer aufgeklärten und fortschrittlichen Demokratie war. Nur überlegten sie nicht genügend, welche Anwendung sie in den aufgewühlten Nachkriegsjahren finden würde. . . Von 1930 an beugte sich die sozialistische Partei mit einer Art Gleichgewicht der Macht, und mit der Wahl des kleineren Übels. Sie brachte aus eigenem keine starken konstruktiven Pläne und keine kräftige Führerschaft hervor. Sie entschied sich für Hindenburg, weil sie Hitler fürchtete und sie erhielt beide. Ihre Schwäche offenbarte sich endgültig in der Tatsache, daß Papen vor Hitlers Machtergreifung fähig war, die sozialistische preußische Regierung durch ein Dekret zu beseitigen.“

Aber der Autor gibt auch zu, daß »die deutsche Sozialdemokratie wirkliche Tugenden hatte, für die die Welt jetzt zu wenig Würdigung aufbringt. Sie besaß eine leidenschaftliche Liebe zum Volksfrieden, für den sie bereit war, sehr viel zu opfern. Ihre große Toleranz (nach der Noske-Zeit) entsprang einer Eigenschaft, ohne die es nie eine glückliche Welt geben wird.«

Die deutschen Kommunisten beurteilt der amerikanische Sozialist folgendermaßen:

Niemand kann die Aufrichtigkeit der kommunistischen Opposition gegen die Nazis leugnen. Sie bezugeten sie in vielen Straßenkämpfen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Dennoch gab es Gelegenheiten, wo diese ürgsten Feinde gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie machten, so z. B. als die Kommunisten mit den Nazis gemeinsam einen vergeblichen Sturm unternahmen, um durch Neuwahlen den Sturz des sozialistischen Preußenkabinetts zu erzwingen, so auch bei verschiedenen Streiks. Im

# Katholiken werden gepeitscht

Der Sohn des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Held in der Geiselschaft für seinen Vater — Christliche Gewerkschaftssekretäre in Dachau

Von katholischer Seite wird uns geschrieben:

Endlich ist jetzt auch von authentischer katholischer Seite das Material einigermaßen zusammengestellt und veröffentlicht worden, das über die Behandlung politisch-katholischer Funktionäre vorliegt. Die katholische Zusammenstellung bezieht sich allerdings, der Natur der Sache entsprechend, hauptsächlich auf die Verhältnisse im bayrischen Lager Dachau; dorthin kamen ja die allermeisten politisch-katholischen „Staatsfeinde“ in jene Zwangserziehung. Die Schilderung befaßt sich auch nur mit der Mißhandlung, die man katholischen Laien zuteil werden ließ. Sicherlich ist es aber ebenso schlimm, als hier an einzelnen Fällen demonstriert wird, auch katholischen Klerikern ergangen.

Aus der Materialsammlung, die jetzt auch die „Neue Saarpst“, die einzige katholische Zeitung Deutschlands, die sich noch gegen die Hitlerschande wehren kann, publizistisch übernommen hat, sei vor allem der Fall des Sohnes des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Held herausgegriffen:

„Held, obschon sicherlich alles andere als ein liberaler, marxistenfreundlicher Politiker, hatte noch nach der Machtübernahme Hitlers, weil er sich durch die Besonderheiten Bayerns hinreichend geschützt vermeinte, eine scharfe oppositionelle Note gegenüber der am 30. Januar 1933 geschaffenen Tatsache der Auslieferung der Reichsgewalt an den deutschen Faschistenhüftling angeschlagen. Gegenüber der ersten Praxis der Umstürzler, durch „Kommissare“ sich das Ganze gefügig zu machen, fiel Helde bekanntes Wort, daß der erste Hitler-Kommissar, der sich an der bayrischen Grenze erblicken lassen sollte, auf der Stelle dort verhaftet würde. Held mußte aber selbst aus München flüchtig werden. Daß er damit das Richtige tat, zeigt das tragische Los seines Vorgängers von Kahr am 30. Juni 1934. Gegen Held hätten sich die Rachegefühle der Nazis noch viel unmittelbarer gerichtet!

Nur weil der Vater geflohen war, wurde sein Sohn schon gleich zu Beginn der eigentlichen Nazirevolution nach Dachau abtransportiert.

Dieser Held junior ist ein ganz unpolitischer Mensch. Er war zuletzt als Ingenieur bei den Bayrischen Motorenwerke tätig. Durch schwerste Mißhandlungen hat man nun von dem jungen Held herauszubekommen versucht, wo sein Vater sich aufhalte, obschon der Sohn, der gar nicht mehr in der väterlichen Familie lebte, darüber nicht das geringste wußte. Das geschah an Held junior noch bis in die allerletzte Zeit.“

Den jungen Held und mit ihm einen früheren Bauernbundsekretär, den bayrisch-volksparteilichen Landtagsabgeordneten Dr. Hundhammer, hatte sich vor allem die SS-Leibstandarte des „Führers“, eine besonders kriminelle Sorte von Schlagetoten in Dachau, zu Objekten ihrer Robeiten ausgesucht. Schon gleich bei der Einlieferung in Dachau werden beide geprügelt. Sie erhielten als besondere Arbeits-

mission, eine schwere Straßenwalze dauernd schleppen zu müssen. So standen sie direkt unter dem Kommando des SS-Scharführers der Leibstandarte namens Kantschuster. Am 30. Juni wurden sie im Zusammenhang mit den übrigen Mordtaten totgeschagt. Dafür erschien der nationalsozialistische Staatsanwalt Schlumprecht, jetzt Oberbürgermeister in Hof, persönlich am Lagereingang, wo die Walze lief, photographierte die beiden und ließ es sich von ihnen handschriftlich geben, daß sie, merkwürdiger Weise, „immer noch“ lebten.

Immer wieder wurde Held Jr. in neuen Verböden mißhandelt, weil er wissen sollte, wo sein Vater sei, den man nicht finden könne.

Mit den sozialistischen Gewerkschaftsführern beherbergte Dachau vom Juli 1933 ab auch eine ganze Reihe von Sekretären der christlichen Gewerkschaften Bayerns! Der Lagerverwalter Lutz erwies sich dadurch als besonders gehässig gegen sie, daß er sie immer just dann und an der gleichen Stelle zum Prügelappell antreten ließ, wann und wo der katholische Geistliche zum Lagergottesdienst erschien. Am schlimmsten aber gebärdeten sich grade gegen die eingesperrten Katholiken die nach Dachau abkommandierten Leibstandarten-Männer. Neben den Gummiknütteln waren

lange, getrocknete Ochsenzweier und Peitschen

ihre Lieblingswerkzeuge. Schon wer mit dem katholischen Lagergeistlichen, der übrigens auf Schritt und Tritt von SS-Männern begleitet wurde, einmal etwas länger als gewöhnlich sprach, kam während des härtesten Winters in eisige Betonzellen im Arrest. Ein katholischer ehemaliger „Dachauer“ berichtet in dieser Materialsammlung wörtlich über seine allgemeinen Beobachtungen, die auch die gegenwärtige Stimmung im katholischen Bayern zur Hitlererei recht gut kennzeichnen:

„Im Sommer 1933 kamen auch einfache katholische Gesellenvereins-Mitglieder aus verschiedenen Teilen Bayerns nach Dachau, so besonders aus Landsbut, Augsburg, Garmisch-Partenkirchen und München. Der Herbst 1933 aber brachte einen starken Zustrom der Katholiken vom flachen Lande. Da erschien als Gefangener wegen irgend einer belanglosen, nicht von äußerster Begeisterung für das Dritte Reich zeugenden Äußerung der einfache Bauernknecht, der nie mit einer Partei etwas zu tun hatte, neben dem jungen Angestellten aus der Stadt, der von seiner katholischen Weltanschauung in der SA oder im Arbeitsdienst nicht hatte lassen wollen, der königstreue Viehhändler aus den Alpen, und der katholische Bauer aus Unterfranken, der um seine noch nicht eingebrachte Ernte bangte, oder der frühere katholische Bürgermeister eines kleinen Ortes.“

Die Zahl der Gefangenen, die wegen ihrer christlichen Weltanschauung eingeliefert wurde, wuchs und wuchs.

Und kaum einer von den Eingelieferten entging der Auspeitschung im sogenannten Schlageterhäuschen, in das fast jeder Neueingelieferte kam...

## Hirtsliefer in Papenburg.

Der Schrift von M. Abraham „Juda verreckt“ (Druck- und Verlagsanstalt Teplitz-Schönbau) entnehmen wir folgende Darstellung:

An einem Sonntag, Mitte September, kam ein neuer Schutzhäftling mit Besen und Schrubber in unsere Station, um die Krankenzimmer zu reinigen. Es war der frühere preußische Wohlfahrtsminister Hirtsliefer, ein bekannter Führer des Zentrums.

Dicht neben unserer Revierstube lag die Kleiderkammer. Gleich nach der Einlieferung wurden alle neuen Häftlinge hierher gebracht, um Lagerkleidung zu empfangen. Bei dieser „Anprobe“ mußten sich die Häftlinge bis auf's Hemd entkleiden und wurden fast ausnahmslos schrecklich mißhandelt.

Hirtsliefer wurde in diese Kammer gerufen, plötzlich

hörten wir gellende Schreie.

Da die Kleiderkammer unmittelbar gegenüber der Krankenzimmer lag, konnten wir durch die Fenster alle Vorgänge beobachten.

Wir sahen, wie Hirtsliefer sich entkleiden mußte. Er ist ein untergesetzter, korpulenter Mann. Mehrere SS-Leute standen um ihn herum. Sie schlugen mit Gummiknüppeln aus Leibbeskräften auf ihn ein.

Wir hörten, wie Everling brüllte:

„Hast du Schweinehund heute schon gebetet?“

— Warst du schon mal beim Papst? — Hast du schon Rosenkranz geleiert? — Du hast Millionen deutscher Volksgenossen betrogen, dazu hat dich der Papst aufgefordert. — Zeige mal, du Schwein, wie man Rosenkranz betet!“

Als Hirtsliefer sich weigerte, vor dieser rohen Meute zu beten, wurde er unausgesetzt weiter geschlagen.

Nun kam die „Anprobe“. Um Hirtsliefer lächerlich zu machen, zog man ihm eine halbe Hose an, einen kurzen Rock, lange Stiefel und beschmierte das Gesicht mit Stiefelwisch. So wurde er von Station zu Station gejagt, um sich den Mithäftlingen „vorzustellen“.

Erst spät abends konnte sich Hirtsliefer in seine Kabine begeben. Er war vollkommen erschöpft. Kaum hatte er sich auf die Pritsche gelegt, als mehrere SS-Leute eindrangen. Er wurde von ihnen aufgefordert, die Hand zum Hitlergruß zu erheben. Er gehorchte. Die SS-Leute gaben sich den Anschein, als hätten sie die Bewegung mißverstanden und brüllten: „Was, du Schwein, du willst SS-Leute schlagen.“ Hirtsliefer versuchte sich zu verteidigen — er hätte nur die Hand zum Gruß erhoben, wie ihm befohlen worden war. Die SS-Leute: „Nein, du Schwein, du wolltest uns schlagen.“ Nun wurde Hirtsliefer über seine Pritsche geworfen und aufs neue fürchterlich mißhandelt.

Hirtsliefer blieb acht Tage im Lager. Danach wurde er entlassen.

## Alte Kameraden

Das Große Schöffengericht in Altona verurteilte den Angeklagten E. Böttcher aus Elmshörn wegen böswilliger Verleumdung zu sechs Monaten Gefängnis und zur Tragung der Gerichtskosten.

Das Urteil ist um so härter, als Böttcher einer der SA-Leute ist, die von ihrem Führer Röhm einst zur alten Garde ernannt wurden. Länger als 5½ Jahre hat er sich nach seinen eigenen Angaben Tag und Nacht auf den Straßen für den Nationalsozialismus herumgeschlagen. Seine Begeisterung schwand aber nach Hitlers Machtübernahme. Das Treiben der braunen Bonzokratie empörte ihn so sehr, daß er seinem Aerger in Briefen an alle möglichen Würdenträger und Behörden des neuen Deutschlands Luft machte.

In diesen Briefen schilderte er seine Enttäuschung über den Mißbrauch, den namentlich angeführte Nationalsozialisten mit der von der SA eroberten Macht trieben. Die Empfänger dieser Briefe schafften Abhilfe, indem sie die Beschwerden des enttäuschten SA-Mannes — dem Staatsanwalt übergaben, der das oben bezeichnete Urteil gegen den Beschwerdeführer veranlaßte.

Wie oft mag Böttcher unter den Klängen des Marsches »Alte Kameraden« in die Saalschlacht gezogen sein. Dank vom Hause Adolf!

allgemeinen machte es die kommunistische Politik der Demokratie so schwer als möglich, in der Hoffnung, daß der Kommunismus durch Unsicherheit und Verwirrung gewinnen könne. Solch eine Politik kann historisch nur durch den Erfolg gerechtfertigt werden, der von genauer Berechnung der Chancen abhängt. Durch ihre fehlerhafte Berechnung erleichterten die Kommunisten den Nazis ihren Erfolg.

Norman Thomas meint trotz alledem, daß die Schwere der Situation eine Einheitsfront mit den Kommunisten rechtfertigt.

## Genf und Saar

Der Völkerbund enttäuscht auch die Bescheidensten.

Die Saarfrage sollte am 21. November im Völkerbundsrat zur Sprache kommen. Die Besprechung ist in den Dezember verschoben worden — und am 13. Januar ist Abstimmung!

Es ist klar, daß alles, was der Völkerbundsrat in dieser Angelegenheit noch tun kann, zu spät kommen muß. Verwaltungsmaßnahmen haben bis zum 13. Januar eine zu kurze Laufzeit, um sich durchsetzen zu können. Deklarationen können auf die Abstimmung keinen Einfluß mehr nehmen. Der Völkerbundsrat ist dem Saarvolk eine

Erklärung schuldig, nämlich die Erklärung, daß eine Entscheidung für den status quo keine endgültige sein soll. Eine solche Erklärung entspricht dem Sinn des Friedensvertrags, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Kein Mensch an der Saar will den status quo für immer; aber eine sehr große Zahl der Saarländer, wahrscheinlich ihre Mehrheit, will den status quo solange, bis die Herrschaft der braunen Barbarei in Deutschland vorüber ist. Der Entscheidung für den status quo müßte daher offiziell der Sinn gegeben werden, daß das Saarvolk durch sie sich seine Entscheidungsfreiheit für die Zukunft vorbehält. Das ist die Erklärung, die der Völkerbundsrat dem Saarvolk schuldig geblieben ist und die er ihm, mit Aussicht auf tiefgreifende Wirkung, nicht mehr geben kann.

Der Völkerbundsrat hat der braunen Propaganda das schwerwiegende Argument, die Entscheidung gegen Hitler bedeute ewigen Abschied von Deutschland, nicht aus der Hand geschlagen. Nicht einmal das hat er getan. Daß er den Terror der »Deutschen Front« wirksam abwehrt und denen, die gerne weiter unter dem Schutz des Völkerbundes bleiben möchten, wirklichen Schutz gewährt, erwartet ohnehin von ihm kein Mensch.

Der Völkerbund enttäuscht auch die Bescheidensten!

# Der Kampf um die Preise

## Inflation und Demagogie — Zersetzungserscheinungen im System

Die Nationalsozialisten hatten sich offenbar eingebildet, die „Preisschlacht“ mit ähnlichem Elan führen zu können, wie seinerzeit die „Arbeitsschlacht“. Man konnte sich also auf Siegesbulletins am laufenden Bande gefaßt machen. Es scheint aber anders zu kommen. Zwar kann man dreimal wöchentlich von ein paar Läden lesen, die geschlossen wurden, von irgend einem kleinen Bäckermeister, der wegen minderwertiger Qualität oder falschem Brotgewicht angeklagt wird, aber das alles macht das Kraut nicht fett. An die Wurzel der deutschen Teuerung kann das Regime nicht rühren. Hat es doch selbst in einem bisher unerreichtem Maße die regulierenden Tendenzen der Preisbildung durch die freie Konkurrenz ausgeschaltet. Beseitigt man aber die freie Konkurrenz und läßt gleichzeitig den Privatbesitz an den Produktionsmitteln bestehen, so schafft man damit die Bedingungen für

die Entstehung von Monopolpreisen, die eben beträchtlich über den freien Marktpreis liegen müssen.

Für das nationalsozialistische Regime ist nun gerade die Tatsache charakteristisch, daß es diese Monopolbedingungen durch seine Zwangskartellierungsmaßnahmen nicht nur für die großen Kapitalorganisationen hergestellt hat, bei denen die staatliche Preiskontrolle wenigstens theoretisch noch leichter durchführbar ist, sondern es hat durch den Zwangszusammenschluß des Kleinhandels und des Handwerks, sowie durch die Sperrung des Zugangs zu einer großen Anzahl von Befürwortern auch in jenen zahlreichen Wirtschaftszweigen eine monopolistische Preisgestaltung bewirkt, die gerade für die Kosten der Gegenstände des täglichen Bedarfs ausschlaggebend sind. Die Führer und Unterführer der zahllosen Wirtschaftsprüfungsgremien haben von Anfang an trotz aller Mahnungen des Wirtschaftsministeriums ihre Aufgabe darin gesehen, die neuen Organisationen, die zum Teil die umbenannten alten waren, für die aber jetzt der Beitrittszwang funktionierte, dazu zu benutzen, um lückenlose Preisregulierungen zu schaffen und gegen alle Preisunterbietungen in schärfster Weise vorzugehen. Die „Ehrengerichte“ des Handwerks und des Kleinhandels, aber auch verschiedener klein- und mittelkapitalistischer Verbände, haben gar keine andere Aufgabe, als

ein billigeres Angebot zu verhüten.

Im Gegensatz zu den großen Kapitalorganisationen handelt es sich hier aber um eine Masse von Betrieben aller Art, deren Ueberwachung natürlich ganz andere Schwierigkeiten bietet als die der wenigen großen konzentrierten Unternehmungen. Dazu kommt noch, daß die Preiserhöhungen zu einem Teil gar nicht in direkter Form zu erfolgen brauchen. Das Vorschreiben von strengeren Lieferungsbedingungen oder kürzeren Zahlungsfristen, die Verringerung der Qualität oder der Wegfall von Rabatten führt zum gleichen Ziel. Deshalb geben die offiziellen Preisindizes ja auch nur zum Teil ein wirkliches Bild der tatsächlich eingetretenen Preissteigerung.

Eine besondere Schwierigkeit des nationalsozialistischen Regimes ergibt sich noch aus dem Umstand, daß die Inhaber dieser kleineren und mittleren Betriebe bisher zu den wichtigsten Stützen der Diktatur gehört haben. Der Kampf gegen diese Schichten stößt daher innerhalb der nationalsozialistischen Partei selbst auf starken Widerstand. Es ist charakteristisch, daß von der so pomphaft angekündigten Aktion der nationalsozialistischen Partei gegen die Preiserhöhungen kaum mehr ein Wort verlautet.

Die Mitwirkung der nationalsozialistischen Parteimitglieder versagt diesmal vollständig.

Die Diktatur muß sich auf den unmittelbaren Zwang des Staates verlassen, die ganze Aktion wird beim Wirtschaftsministerium des Dr. Schacht und bei seinem Werkzeug, dem Preiskommissar Goerdeler, zentralisiert. Versuche einzelner Landesregierungen, selbständig vorzugehen, wurden wieder unterbunden. Der bayrische Wirtschaftsminister Esser hatte z. B. vor kurzem triumphierend mitgeteilt, es sei ihm gelungen, in Verhandlungen mit den Vertretern des Handwerks und des Lebensmittelhandels eine wesentliche Ermäßigung

der Brot- und Fettpreise durchzusetzen. Er stieß dabei sofort auf den Widerstand des Reichsnährstands und Herr Darré zögerte nicht, neue Festpreise für Eier und Butter zu erlassen, die für das ganze Reich, also auch für Bayern, gelten. Die neuen Preise tragen nur den agrarischen Interessen Rechnung und bedeuten keineswegs eine Ermäßigung. Herr Esser wollte sich übrigens besonders populär machen und kündigte eine Senkung des Bierpreises von 4 Mark je Hektoliter an. Aber auch damit hatte er nicht viel Glück. Die Kurse der Brauereien erfuhren einen starken Rückgang, die Brauereien erklärten, daß sie eine Preissenkung in diesem Ausmaß unmöglich tragen könnten und die inzwischen ergangene Feststellung, daß nur der Preiskommissar, aber sonst keine anderen Stellen für Preisfestsetzung zuständig seien, hat den Lorbeer des Ministers Esser rasch zum Welken gebracht.

Sind so der Aktion praktisch enge Grenzen gezogen, so steigert sich andererseits die innerhalb des Systems bestehenden Gegensätze. Einigkeit besteht darin, daß unter allen Umständen die Wirtschaft in den Dienst der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gestellt werden muß. Schacht und ein Teil der hinter ihm stehenden schwerindustriellen Kreise wollen dieses Ziel erreichen unter möglicher Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsmethoden. Sie fürchten, daß die rücksichtslose Fortsetzung der bisherigen inflationistischen Finanzierung die Grundlagen der Wirtschaft einer allzu schweren Belastung aussetzt. Sie wollen deshalb die Arbeitsbeschaffung, die auf der Ausweitung des Notenbankkredits beruht, einengen und sie möglichst auf die eigentlichen Rüstungsausgaben beschränken. Sie sind also

Defaktisten der Arbeitsschlacht.

Zugleich stehen sie im Gegensatz zu der Agrarpolitik Darrés, die den Export hemmt und den Lebensunterhalt immer mehr verteuert. Sie wollen eine möglichst große Quote des Nationaleinkommens, des Einkommens nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern, des Mittelstandes und sogar der übrigen Industrie für die Akkumulation in der Rüstungsindustrie und für

den Aufbau der für den Krieg benötigten Ersatzstoffindustrien freimachen. Deshalb ihr Kampf gegen Lohnerhöhungen und Preissteigerungen. Demgegenüber steht unter Führung Darrés jene Richtung, die die Arbeitsschlacht, die Agrarpolitik und die ganze künstliche Inlandskonjunktur mit den bisherigen Methoden der Wechselreiterei fortsetzen will und die von Anfang an die Politik Schachts bekämpft hat. Sie kämpfen um die Massengrundlage der Partei, um die Erhaltung ihres Einflusses bei den Arbeitern und dem Mittelstand. Der Kampf gegen die Preissteigerung stößt so bei wichtigen und einflussreichen Schichten der Partei auf wachsenden Widerstand. Sie erinnern sich, wie gut sie es seinerzeit verstanden haben, die Unzufriedenheit des gewerblichen und händlerischen Mittelstandes über die Preiseinriffe auszunutzen. Sie sehen nicht ein, weshalb der politisch so viel bequemere Weg der „Kreditausweitung“ verlassen werden soll. So wächst innerhalb der herrschenden Kreise der

Widerstand gegen Schacht und seine Politik

und vermehrt die Spannungen, die der allgemeine Niedergang der Wirtschaft ohnedies hervorgerufen hat.

Deshalb verdient die Aktion Schachts und Goerdelers besondere Beachtung. So gering schließlich ihre ökonomische Wirkung sein wird, so wenig eine von den Behörden verordnete mechanische Preiserabsetzung sich auf die Dauer durchsetzen läßt, so bedeutsam können die politischen Folgen sein, die aus diesem Machtkampf erwachsen. Der Zersetzungsprozeß innerhalb der Diktatur muß eine Beschleunigung erfahren. Denn entweder bleibt es bei der Fortsetzung der Politik Schachts und dann wird die Massengrundlage, die die Diktatur in den Schichten des Mittelstandes und des Bauertums besitzt, weiter erschüttert, oder aber es siegt Darré und sein Kreis. Das aber bedeutet rasche Steigerung der inflationistischen Methoden, deren zerstörende Folgen dann nicht mehr lange verhindert werden können.

Dr. Richard Kern.

## Maschinen ohne Zukunft

### Ein Beispiel für die deutsche Konjunkturlage

Ein besonders gutes Beispiel zur Verdeutlichung des deutschen Konjunkturbildes bietet der Maschinenbau. Er eignet sich für eine Illustration deshalb besonders gut, weil er 1. einer totalen Kartellierung wegen seines spezialisierten Aufbaus widerstrebt und deshalb eine verhältnismäßig klare Konjunkturlage aufweist; 2. weil er für die Ausführungsbeschaffung der deutschen Verarbeitungsindustrie äußerst charakteristisch ist; 3. weil er vor allen anderen Industriezweigen von dem Aufschwung der Produktion 1933/34 profitieren konnte, wie die folgende Tabelle zeigt:

	1928	1932	1933
	in Millionen Mark		
Absatz insgesamt	3.370	1.440	1.540
Inlandsabsatz	2.200	690	1.000
Auslandsabsatz	1.170	750	540
Ausfuhr nach Rußland	132	298	138
Ausfuhrquote in Proz.	35	52	35

Die Ausnutzung der Kapazität betrug im Monatsdurchschnitt 1932 30 und im Juni 1934 59. Der Auftragseingang aus dem Inland betrug im Monatsdurchschnitt 1932 (wenn man 1928 = 100 setzt) 25 und im Juli 1934 83. Der Auftragseingang aus dem Ausland betrug nach derselben Berechnungsart im Monatsdurchschnitt 1932 51, im Juli 1934 31. Die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen und der Hütten-, Stahlwerks- und Walzwerksbedarf hat im Inland am stärksten zugenommen, während die typischen Maschinenaufträge aus dem Ausland von Monat zu Monat mehr nachlassen. Die Rentabilitätsziffern auf der Grundlage des Inlandsaufschwungs sind sehr gering. Von 35 großen Gesellschaften haben für 1933 nur 10 Dividende ausgeschüttet. Durch die Währungsverluste im Auslande fand der erhöhte Verkaufserlös von 10 Prozent keinen Ertragsniederschlag in der Bilanz. Dagegen ist für die 35 Gesellschaften eine Abnahme des Aktienkapitals von 1932 auf 1933 von 111,10 Mill. RM. auf 109,75 Mill. RM. zu verzeichnen. Daß die Produktion für das Inland im Ganzen ein Zuschußgeschäft war, zeigt die Tatsache, daß die Steigerung des monatlichen Versands um 36 Prozent im Jahre

1934 gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1933 von einer prozentual niedrigeren Ertrags- und Gewinnquote begleitet war.

Nach den Berechnungen der »Frankfurter Zeitung« ist der Maschinenbedarf der hochindustrialisierten Länder zu etwa zwei Drittel Ersatz- und zu etwa einem Drittel Zuwachsbefehl, d. h. nur ein Drittel der nachgefragten Maschinen dient der Erweiterung, zwei Drittel der Erneuerung des maschinellen Produktionsapparates. Für Deutschland folgt daraus, daß in den Jahren 1932 und 1933 ein Ersatzbedarf von 600 Millionen RM. aufgespeichert worden ist. Bei der amtlich registrierten Höhe der inländischen Maschinenbestellungen dürfte gegenwärtig der inländische Maschinenverschleiß gedeckt sein.

»Angenommen, die durchschnittliche Inlandsabsatzmiffer für das ganze Jahr 1934 und darüber hinaus würde sich auf 78 stellen, so würden in den ersten Monaten 1935 die in der großen Krise aufgespeicherten Maschinen-Ersatzaufträge vergeben sein.« (»Frankfurter Zeitung«.)

Entscheidend ist nun die Tatsache, daß der Inlandsabsatz nach der Ausschöpfung der vorhandenen Ersatzaufträge scharf zurücksinken muß, wenn sich nicht ein Erweiterungsbedarf geltend macht.

»Auf alle Fälle scheint eine derartige Berechnung dafür zu sprechen, daß der heutige Inlandsabsatz des Maschinenbaus nur aufrecht erhalten werden kann, wenn über den laufenden und den aufgespeicherten Ersatzbedarf hinaus in immerhin beträchtlichem Umfang Neuanschaffungen von Maschinen für die deutsche Wirtschaft vorgenommen werden.« (»Frankfurter Zeitung«.)

Nun muß die »Frankfurter Zeitung«, deren Konjunkturoptimismus nicht bestritten werden kann, selbst eine Reihe von Faktoren nachhaft machen, die den Erweiterungsbedarf der Maschinenproduktion im Inlande sehr stark in Frage stellen. Es sind erstens die gesetzlichen Vorschriften und Investitionsverbote, die ins Gewicht fallende Neuanschaffungen für wichtige Wirtschaftszweige

unmöglich machen. Es ist zweitens die Einkaufs- und Absatzlage (Rohstoffe und Ausfuhr), die Kapazitätserweiterungen verhindert. Drittens ist es die Vernichtung des Wettbewerbs, die Betriebserweiterungen und -intensivierungen nicht gestattet — eine Erscheinung, von der die »Frankfurter Zeitung« selbst feststellen muß, daß sie für den Maschinenbau »von »herbersten Konsequenzen sein muß. Die »Frankfurter Zeitung« kommt zu dem Schluß:

»Wenn der Uebergang zu einer solchen statischen Wirtschaftsgesamtheit allgemein und von Dauer würde, müßte wohl ein erheblicher Teil der Maschinenindustrie seine Lebensfähigkeit verlieren.«

Gegenwärtig sind im Maschinenbau 400.000 Beschäftigte zu verzeichnen.

Aus diesem Beispiel läßt sich mit aller Klarheit herauslesen, auf welchem Stand die normale Konjunktur, die jenseits von Aufrüstung und Arbeitsbeschaffungsmanövern ihren eigenen Gesetzen folgt, sich tatsächlich befindet. Entscheidend ist nicht der Stand der Produktion, der in den Ziffern zum Ausdruck kommt — auch wenn diese Ziffern richtig sind —, sondern entscheidend ist allein die Frage, ob im gegenwärtigen Status die Aufbau- und Entwicklungselemente für eine reale Investitionskonjunktur (Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter) enthalten sind. Diese Frage muß, abgesehen von allen anderen Fragwürdigkeiten innerhalb der deutschen Wirtschaft verneint werden. Die Binnenmarktkonjunktur (Rüstung plus Arbeitsbeschaffung) hat bereits zu einer deutlichen Ausprägung statischer Rückbildungstendenzen im Konjunkturablauf geführt. O. P.

## Löhne und Dividenden

Der Geschäftsbericht der Rheinischen Stahlwerke in Essen für das Jahr 1933/1934 ist ein Dokument der weitestgehenden Förderung der Profitinteressen der privaten Kapitalisten. Es wird darin u. a. mitgeteilt, daß die Löhne und Gehälter, umgerechnet auf eine Tonne Steinkohle, weiter gesunken sind. Lohn und Gehalt pro Tonne Steinkohle betragen

im Geschäftsjahr	1933/1934	6.42 RM.
im Geschäftsjahr	1932/1933	6.58 RM.
im Geschäftsjahr	1931/1932	7.40 RM.
im Geschäftsjahr	1928/1929	10.— RM.

Außer den gewaltigen Einsparungen, die die Rheinischen Stahlwerke an den Löhnen und Gehältern machen konnten, sind ihnen von der Hitlerregierung wie allen anderen Kapitalisten auch die Besitzsteuern noch ermäßigt worden. Während im Geschäftsjahr 1932/1933 3.71 Millionen RM. an Besitzsteuern gezahlt werden mußten, werden im letzten Geschäftsbericht nur 3.15 Millionen RM. unter Besitzsteuern aufgeführt.

Dafür konnte in dem Krisenjahr, das gerade für die Millionen Arbeitslosen in Deutschland eine Verschlimmerung ihrer drückenden sozialen Lage brachte, die Dividende von 5 auf 3½ Prozent erhöht werden.

Die E. Lingel Schuhfabrik A. G. Erfurt, hat so hohe Gewinne gemacht, daß sie die Dividende verdoppeln kann. Statt 4 Prozent im vorigen Jahre werden diesmal 8 Prozent ausbezahlt.

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft bringt eine Dividende von 12 Prozent zur Auszahlung.

Daß diese neue Welle der kapitalistischen Rentabilität vorwiegend mit hervorgebracht worden ist durch den Abbau der Löhne und Gehälter, das kann von den Nationalsozialisten selbst nicht bestritten werden. In der letzten Nummer der »Sozialen Praxis«, die vom Sozialen Bureau herausgegeben wird, heißt es in einem Artikel über »Großkampfe gegen die Preissteigerung« über die Löhne:

»Um dieses Zieles (Beseitigung der Arbeitslosigkeit, d. V.) willen hat man den Lohn- und Gehaltsempfängern zugemutet, trotz der Wirtschaftsbelebung die niedrigen Löhne der Krisenzeit beizubehalten und den Neueingestellten, in manchen Fällen zu Löhnen zu arbeiten, die kaum 50 Prozent über den Betrag der Unterstützung liegen...«

In Wirklichkeit werden nicht nur Löhne gezahlt, die kaum 50 Prozent über den Unterstützungssätzen liegen, sondern in vielen Fällen erreichen die Löhne knapp die Höhe der Unterstützungssätze oder bleiben sogar noch darunter.

Diese Lohngestaltung findet die volle Billigung der Hitlerregierung, die damit das Unternehmertum zufriedenstellt.

# Die »Miliz« ohne Seele

## Militärische Wirren des Dritten Reichs

Jahrzehnte hindurch war die Miliz eine sozialistische Forderung. Die stehenden Heere wurden als eine Gefahr für den äußeren und inneren Frieden angesehen und unter diesem Gesichtspunkt bekämpft. »Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!« war der Titel einer Broschüre Behels und zugleich die Kampfparole der Sozialdemokratie in einer bestimmten Phase der Entwicklung. Heute reden alle Militärs von der »Miliz«. Sie ist zwar umstritten, aber längst nicht mehr in dem Sinne, wie es früher der Fall war. Führende Militärschriftsteller machen darauf aufmerksam, daß man sich den »sozialistischen Wehrauffassungen« sehr sichtbar näherte.

Ist das wahr?  
Bei oberflächlicher und nur militärischer Betrachtung erscheint dies richtig. Von Kind auf werden die Staatsbürger in den Dienst der Wehrhaftigkeit gestellt. Italien steht an der Spitze dieser Bestrebungen. Deutschland folgt. So sind also die beiden faschistischen Staaten die tatkräftigsten Verfechter sozialistischer Wehrauffassungen? Findet hier der große Gedanke des Sozialismus und des kühnsten Verfechters der »Nation in Waffen«, Jean Jaurés, seine Verwirklichung?  
Ja und nein. Nimmt man für sich allein die rein militärisch technische Seite der Sache; ja! Sieht man in der sozialistischen Milizforderung mehr als eine militärisch-technische Forderung, setzt man sie in Beziehung zu den damaligen Bestrebungen, zu den Zielen und Idealen des Sozialismus; nein! Es gibt keine größere Schändung Jaurés, als diese, daß man behauptet, sein Wehrideal habe sich heute erfüllt.

Denn für Jaurés war die Miliz untrennbar verbunden mit dem Geist der französischen Revolution, mit dem vom Faschismus verfluchten Liberalismus, mit dem Gedanken der Republik und des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes, also der politischen Demokratie. Die Miliz war gleichsam der militärische Ausdruck dieser Gedanken.

Für den Faschismus ist die Miliz in erster Linie für den Krieg vorhanden. Für den Sozialismus war die Miliz in erster Linie die Garantie des Friedens, sie galt vor allem der Vernichtung kriegsalusternen Militarismus, der, seinem eigenen Schwergewicht folgend, seine Bestimmung immer im Kriegführen sehen muß und alle andersdenkenden Volksschichten niederzuhalten bestrebt ist. Durch die Miliz sollte das Volk seinem politischen Recht auf Mitbestimmung militärischen Nachdruck verleihen können. Die Miliz war so die militärische Ergänzung des Stimzettels. Die Entscheidung über Krieg und Frieden sollte dem Volk selbst überlassen sein. »Die Nation in Waffen« kann nichts anderes bedeuten als die »gerechte Nation«, schrieb Jaurés in seiner »Neuen Armee«.

Wer war der kühnste Verfechter des Volkes in Waffen? Jaurés! Und wer war der leidenschaftlichste Bekämpfer des Weltkrieges, wer war sein erster Toter, wer versuchte die Mobilisierungsmaschine zu bremsen, wer rief von der Tribüne des Parlamentes ins Land hinaus, daß für Poincarés Reise nach Petersburg kein Geld bewilligt werden dürfe, wer verkündete, daß das französische Volk das Bündnis mit Rußland lösen müßte, falls es die Regierung nicht tut, wer entwarf das »Manifest an die proletarischen Massen«, in dem es u. a. hieß: »Die sozialistische Fraktion verkündet laut, daß Frankreich allein über Frankreich verfügen darf... Frankreich kennen nur einen Vertrag, den Vertrag, der uns an das Menschengeschlecht bindet!«

Wieder war es Jaurés!  
Der Jaurés der neuen Armee ohne den Jaurés als Gegner des Weltkrieges, das ist nicht der Sozialist Jaurés, sondern das kann jeder Faschist sein.  
Wer diese beiden Seiten einer großen Sache zu trennen sucht, der verkleinert

sie und nimmt dem sozialistischen Milizgedanken sein Herz, seinen Geist und seine Seele und hinterläßt ein dürres Knochengestalt, das uns an den Tod, niemals aber an das Leben erinnert.

Was sich heute unter dem Deckmantel der »Miliz« vollzieht, das ist die Militarisierung des Volkes, während die Milizforderung von gestern auf die Zivilisierung des Militärs hinauslief. Das eine ist Herrschaft des Militarismus über das Volk, das andere Herrschaft des Volkes über den Militarismus und damit Auflösung des Militarismus.

Die moderne Entwicklung des Kriegswesens hat den Krieg vom repräsentativen Kampf der Heere zur unmittelbaren Angelegenheit der Volksmassen und der ganzen Nation gemacht. Jedoch wurde der Krieg zur unmittelbaren Angelegenheit der Volksmassen nur im militärischen Sinne, politisch und wirtschaftlich ist er es weniger denn je. Der totale Staat ist das Eingeständnis dieser Tatsache, er ist die politische Folge der mannigfaltig zerrissenen Nation. So wird die Miliz also zu einer Zeit eine militärische Notwendigkeit, wo sie politisch und sozial zugleich eine große Gefahr für die Herrschenden bedeutet. Nicht nur die Arbeiterklasse steht in Opposition zu vielen Staaten, dasselbe ist heute von weiten kleinbürgerlichen Kreisen zu sagen. Hat doch selbst der Nationalsozialismus vor seiner Machtergreifung Äußerungen getan, die von Militärs als Landesverrat gedeutet wurden.

Aus dem heutigen Widerspruch zwischen militärischer Notwendigkeit und politischer und sozialer Rechtlosigkeit der Massen suchen einzelne Militärs dadurch herauszukommen, daß sie eine Berufsarmee verboten, die in langjähriger Dienstzeit zur größten Zuverlässigkeit erzogen und die als entscheidende Truppe eingesetzt werden soll, mit dem Ziel, den Krieg durch eine sehr bewegliche Armee (nach Möglichkeit allein durch sie und in der kürzesten Frist) zu beenden. So sehr die Berufsarmee im Sinne des General von Seeckt und anderer die Folge der ungeheuren Komplizierung der Kriegsführung und der damit notwendigerweise verbundenen sehr intensiven Ausbildung ist, so sicher es ist, daß solche Spezialtruppen wahrscheinlich auch künftig nicht entbehrt werden können, darf doch andererseits nicht übersehen werden, daß ihr in der Seecktschen Ausprägung auch die Furcht vor der Masse zugrundeliegt, die nicht nur deshalb geringer bewertet wird, weil sie nicht mehr »die schlichtenentscheidenden Kräfte« besitzt, wie es früher der Fall war, sondern wohl auch, und vielleicht sogar in erster Linie, weil die Masse in ihrer sozialen Struktur heute ganz besonders problematisch ist. Trotzdem kann das Kaderheer

dieses Problem und den Zwiespalt zwischen Krieg und Volkswille nicht überbrücken, weil die Masse so oder so, »an der Front« oder »hinter der Front« doch schlachtenentscheidend bleibt, weil »Kriegsfront und Arbeitsfront« völlig identisch geworden sind« (Jünger).

Das Kaderheer an sich raubt der Miliz nicht ihre Seele. Jede Miliz setzt einen Stamm von Ausbildungspersonal voraus, wesentlich ist nur, ob das Kaderheer selbst im Geiste der Miliz organisiert ist und funktioniert, ob das Kaderheer die Massen beherrscht, oder die Massen das Kaderheer in ihre Gesetzmäßigkeiten einbeziehen. Im Faschismus aber sind alle Schattenseiten des Milizheeres mit denen des Berufsheeres vereint. Die heutige »Miliz« hat mit der Miliz nicht mehr gemeinsam, als der deutsche »Sozialismus« mit dem Sozialismus.

Also nichts!

F. W.

## Diktatoren des Altertums Zu Dionys, dem Tyrannen, schlich . . .

Schiller hat in seiner »Bürgschaft« zwar für selbstverständlich gehalten, daß ein ehrenwerter Mann seine Stadt mit dem Dolche von einem Tyrannen befreien will, gibt aber diesem Selbstherrscher einen großmütigen Zug: »Ich sel, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte!« Doch selbst mit dieser Großmut tadelt der Dichter, der sein erstes Werk »In tyrannos« geschrieben hat, alle Tyrannenmacht. Denn eben die bürgerlichen Tugenden der Freundschaft, des Vertrauens, der Verlässlichkeit sind Diktatoren fremd, mißtrauisch wittern sie in jedem einen neuen Feind, in jeder versteckten Hand wähen sie einen Dolch und gehen aus Angst über Leichen. Nie gelingt ihnen der große Wurf, eines Freundes Freund zu sein; Raubtiere in Menschengestalt stehen sich gegenüber.

Die Anekdote, die dem Schillerschen Gedicht zugrunde liegt, entstammt dem Geschichtsschreiber Diodor von Sizilien, der in seiner »Bibliothek der Geschichte« ausführlich beschreibt, wie dieser Tyrann einer der damals größten Städte des Mittelmeeres Kulturkreises — Syrakus hatte eine halbe Million Einwohner, also zehnmal so viel als jetzt — die Macht errungen und wie er sie behauptet hat. Mehr als diese Anekdote hat heute Gegenwert!

Syrakus hatte durch die Karthager eine schwere Niederlage erlitten; die Weiterführung des Krieges sollte neuen Feldherren übertragen werden. Die Entscheidung lag

bei der Volksversammlung. Hier trat Dionysius auf und verleumdete die bisherigen Führer, sie hätten den Staat an den Landesfeind verraten. Dafür wurde er zwar vom Gericht mit einer Geldstrafe belegt, doch der reiche Philistus bezahlte die Strafe für ihn und sagte ihm, er möchte nur ruhig weiter reden wie er wolle, er werde immer die Strafen für ihn bezahlen. So wurde Dionysius immer dreister und erreichte auch, daß er zum Feldherrn gewählt wurde. Nun wandte er alle Geschicklichkeit an, um sich zum Alleinherrscher seines Vaterlandes zu machen. Zuerst mußte er die Männer beiseitigen, die mit ihm zugleich zu Feldherren gewählt worden waren. Zu diesem Zwecke hielt er sich ihren Beratungen fern, vermied auch, mit ihnen sonst irgendwie zusammenzukommen, ließ aber das Gerücht verbreiten, daß sie mit dem Feinde in Verbindung ständen. Gleichzeitig versprach er den Soldaten von Syrakus, ihren Sold zu verdoppeln.

Gela, die Vaterstadt von Syrakus, jetzt seit zweitausend Jahren vom Erdboden verschwunden, fühlte sich von den Karthagern so bedroht, daß es nach Sykarus um dringende Hilfe schickte. Dionysius zog also in Eilmärschen in das Innere von Sizilien und kam gerade dazu, als in der Stadt, in der vor noch nicht zwei Menschenaltern der berühmte griechische Dramatiker Aeschylus gewirkt hatte, schwere Zwistigkeiten zwischen den augenblicklichen Machthabern und dem Volke ausbrachen. Auf die Wirkung in Syrakus bedacht, ließ er die bisherigen Machthaber hinrichten und ihr Vermögen einziehen, das Volk von Gela aber lobte ihn als den Stifter seiner Freiheit und sandte Abgeordnete nach Syrakus, die dort sein Lob preisen und ihn mit großen Belohnungen ehren sollten. Nun hielt es Dionys nicht mehr in Gela, trotzdem sich die Nachrichten verstärkten, daß die Karthager mit ihrem ganzen Heer den Feldzug zuerst gegen Gela unternehmen würden, und die Gelaer den Feldherren dringend baten, sie nicht im Stiche zu lassen. Dionys gab ihnen nur das Versprechen, mit einer größeren Macht wiederzukehren, und zog nach Syrakus, ohne auf die Karthager zu warten.

Die Syrakusaner fragten bei seiner Heimkehr verwundert nach den Karthagern, doch Dionysius erklärte, er wisse nichts und er bitte um seine Entlassung, er könne nicht mit Generalen zusammenarbeiten, die Landesverräter seien. Wenn er das früher nur vermutet habe, so wisse er es jetzt bestimmt, denn der karthagische Feldherr habe einen Herold an ihn gesandt und fragen lassen, ob er nicht dem Beispiel seiner Kameraden folgen wolle. Diese Verleumdung hatte eine so starke Wirkung, daß Dionysius zum unumschränkten Befehlshaber gewählt wurde. Seine erste Tat war, daß er sein Versprechen einlöste und die Soldaten doppelten Sold erhielten. Um aber noch eine besondere Leibwache zu erhalten, ahmte er den Schwindel des Pistrates nach, stellte sich, als ob ihm nachgestellt würde, und bewog so das Volk, ihm sechshundert Mann, die er sich selbst auswählen durfte, zu bewilligen. Zu spät merkte das Volk, daß es betrogen worden war. Die Stadt war längst voll fremder Soldaten und außerdem drohten die Karthager mit ihrem großen Heer und Dionysius konnte höhnisch fragen, ob sie durch einen Bürgerkrieg dem Feinde die Tore öffnen wollten. Diodor bemerkt an dieser Stelle elegisch: »So ward also Dionysius aus einem Schreiber und gemeinen Privatmann Alleinherrscher der größten Stadt griechischer Abkunft und behauptete seine Herrschaft bis an seinen Tod, indem er achtunddreißig Jahre regierte.«

Selbstverständlich ging Gela verloren; als Dionysius jetzt hinfuhr, war es zu spät, er wurde unter den Mauern der Stadt geschlagen und mußte nach Syrakus heimkehren. In erbarmungswürdigem Zuge begleiteten ihn die Gelaer mit Weib und Kind, da ihnen die Furcht zu zögern nicht erlaubte. Diese erste Niederlage führte auch zu dem ersten Aufbruch gegen den Tyrannen. Es gab Hinrichtungen, die aufständischen syrakusanischen Reiter wurden getötet oder aus der Stadt verjagt. Doch unaufhörlich folgten neue Anschläge auf das Leben des Tyrannen; die Furcht zwang ihn, über seiner Weste einen eisernen Panzer zu tragen und schon zu



„Gestern sagten Sie doch noch Ihrer Frau, Sie wollten mich ermorden . . .?“

„Ach was, die Alte sieht und hört ja nichts!“

# Die Weltgeschichte läßt sich nicht verhütern

nen Lebzeiten wußte man, daß er eine so böse Nachrede hinterlassen würde, daß sie für alle Zukunft als abschreckendes Beispiel dienen würde. Daran kann heute noch jeder denken, der sich in den antiken Steinbrüchen der Stadt, in denen Tausende von Gefangenen einst geschmachtet haben und auch zu Tausenden niedergemetzelt worden sind, das „Ohr des Dionysius“ zeigen läßt. Es ist eine in die Seitenwand des etwa 40 Meter tiefen Steinbruchs gehauene Höhle, deren Geheimnis darin besteht, daß man in ihr von einem bestimmten Punkt auf Grund einer auch heute noch unerklärlichen Akustik auch das leiseste Wort versteht, das irgendwo in dem weiten Bruch gesprochen wird. Dort stand einst verborgen der mächtige Tyrann und horchte voll Angst, Mißtrauen und Blutgier, was seine wehrlosen Gefangenen über ihn sprachen.

Zwar schloß Dionysius mit den Karthagern erstmal Frieden, um seine Herrschaft im Innern zu festigen. Doch fürchtete er wiederum, daß die Syrakusaner, da sie nun den Krieg los waren, Mühe finden würden, darauf bedacht zu sein, wie sie ihre Freiheit wiedergewinnen könnten. Er ließ also an dem festesten Punkte der Stadt mit vielen Kosten eine Zitadelle errichten und befestigen, um bei unerwarteten Zwischenfällen eine Zuflucht zu haben. Außerdem beschenkte er seine Freunde und Unterführer mit Landbesitz, um sie sich zu verpflichten.

Als er mit diesen Arbeiten fertig war, beschloß er zur Ablenkung seiner Untertanen einen neuen Krieg, aber mit einem weniger gefährlichen Gegner als den Karthagern. Er wollte die schwächeren Städte Siziliens unter seine Botmäßigkeit bringen. Doch kaum hatten die Syrakusaner, die diesen Feldzug mitmachen sollten, Waffen in die Hände bekommen, riefen sie auch schon zur Beseitigung des Dionysius auf, der, mit der Belagerung der Stadt der Herbestianer beschäftigt, schon abwesend war. Der Unterführer des Dionysius wurde von den Freiheitskämpfern erschlagen, sie riefen die Bürgerschaft auf und warben Bundesgenossen in der Umgebung. Dionysius mußte die Belagerung der Herbestianer aufgeben und nach Syrakus zurückkehren, das seine Gegner bereits verlassen hatten, um nicht eingeschlossen zu werden. Dionysius warf sich in die Zitadelle und mußte sich belagern lassen. Die Gegner setzten durch öffentlichen Ausruf einen großen Preis auf seinen Kopf und steigerten seine Angst so, daß er alle Hoffnung aufgab, die Syrakusaner zu bezwingen, sondern nur noch mit der Frage beschäftigt war, welche Todesart er wählen sollte, um seine Herrschaft nicht auf eine zu unrühmliche Weise zu endigen. Sein Freund Helorus machte damals den später berühmten Witz: „Alleinherrschaft ist ein schönes Begräbnis!“ Demütig bat der Tyrann seine Belagerer, ihm und den Seinen doch freien Abzug zu gestatten, und die Syrakusaner waren so töricht, die Bitte zu gewähren, als ob damit die Alleinherrschaft schon beseitigt gewesen wäre. Doch Dionysius machte von dieser Großmut gar keinen Gebrauch, denn inzwischen hatte er in der Ferne

Am guten Willen der Herren Alexander von Müller und Peter Richard Rohden, in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband „Knaurs Weltgeschichte“ das ganze Weltgeschehen „von der Urzeit bis zur Gegenwart“ zu verhütern und zu entmarxieren, brauchen wir nicht zu zweifeln: denn erstens sind sie reichsdeutsche Universitätsprofessoren in Amt und Würden, was über ihre Steifnackigkeit und derzeitige Gesinnung alles Notwendige besagt; zweitens ist der Verleger des Werkes jener Verlag Th. Knaur Nachfolger in Berlin, der schon das Lexikon A-Z und die Hamannsche „Kunatgeschichte“ dienstbeflissen nach dem Diktate des „Völkischen Beobachters“ eingestampft und im nazistischen Geist erneuert hat; und drittens lesen wir gleich draußen auf dem Schutzumschlag: „Ein umfassendes Geschichtsbild aus der großen Tradition der deutschen Geschichtswissenschaft, erfüllt vom lebendigen Geist der Gegenwart“, und noch deutlicher im Vorwort:

„Jede große Revolution verwandelt nicht nur das Bild ihrer Gegenwart, sondern auch das der Vergangenheit. Aber diese Umwertung des Erbes der Vergangenheit vollzieht sich langsamer als die der Gegenwart... Auf der andern Seite erwecken gerade Zeiten tiefer Umwälzungen wie die unsere das Bedürfnis nach fortlaufender geschichtlicher Selbstbesinnung ungleich stärker und in viel weiteren Kreisen als Zeiten der Ruhe und des Behagens.“

Nach dieser Vorbereitung möchte man erwarten, daß sich das Drama der Weltgeschichte vor uns als ein einziger Kampf der Rassen abrollt, daß ein Heros nach dem andern auf die Bühne tritt und uns durch sein bloßes Dasein und Wirken den Unsinn der kollektivistischen Geschichtsauffassung vordemonstriert, daß die Herrlichkeit des Krieges, der mythischen Begeisterung und des nordischen Menschen sternhell über allem leuchtet und daß

Bundesgenossen geworben, die über die gerade durch die demütige Bitte des Tyrannen in Sicherheit gewiegten Syrakusaner herfielen und sie zusammen mit den Belagerern, die einen Ausfall machten, im ganzen Lande zerstreuten. Die Tyrannis war wieder hergestellt. Es gab wieder Hinrichtungen, Verräter sorgten für Opfer und um für die Zukunft größere Sicherheit zu haben, befahl Dionysius, alle Syrakusaner hätten während der Ernte auf den Feldern zu sein. Unterdessen fiel er in ihre Häuser und nahm allen die Waffen weg.

Ueber die weitere Entwicklung des Tyrannen berichtet Diodor: „Er hatte nunmehr schon das Rauhe der Tyrannei abgelegt und sich so gewandelt, daß er sich billig betrug, seine Untertanen mit mehr Menschenliebe beherrschte und auch niemand mehr hin-

schließlich und endlich (denn wofür werden von Herrn Rust „die Protokolle der Weisen von Zion“ und die Standardwerke des Hammerfritsch als klassische Schullektüre empfohlen?) der „großen Tradition der deutschen Geschichtswissenschaft“ entsprechend die Juden als der böse Geist des ganzen Weltgeschehens nachgewiesen werden. Nun, derartige Holzschnitt- oder vielmehr Holzklotzmethoden mögen in den zahllosen Büchlein und Wälzern am Platze sein, die für den binnendeutschen Gebrauch der Hitlerjungen und Hitlerleken in Riesenaufgaben auf den Markt geworfen werden, für ein Werk aber, das durch seine schöne Aufmachung und seinen erstaunlich billigen Preis in der Welt draußen für den deutschen Buchhandel und den deutschen Geist von heute werben soll, taugen so derbe Handgreiflichkeiten nicht. Da wird die Propaganda für den Krieg wohlweislich den Bildtafeln zugewiesen, die zur guten Hälfte Feldherren, Schlachtenszenen, Militärtypen, Waffen u. dgl. abschildern, und der Gebrauch der Charakteristik „jüdisch“ wird auf das unentbehrliche Beiwerk zum Kapitalismus, Sozialismus und Journalismus jüngsten Datums beschränkt.

Wie überhaupt dem Bearbeiter der Gegenwartsgeschichte die Zügel etwas lockerer gelassen werden und er sich saftiger ins Zeug legen darf: einmal vielleicht, weil er Göring (aber, bitte, Heilmut, nicht Hermann) heißt und der Name immerhin Respekt fordert; und dann, weil ja im Vorwort von der Gegenwart ausdrücklich gesagt wird, daß sich „ihre Umwertung rascher vollziehe“. Vor deren Ergebnis bei Herrn Göring freilich mögen einen die Götter behüten; es ist einschließlicher der epochenmachenden Grundthese, daß das Zusammenwirken, jawohl, das Zusammenwirken von parlamentarischer Opposition und Oberster Heeresleitung und die anschließende „Parlamentarisierung“ Deutschlands dessen Zusammenbruch im

Kriege verschuldet habe und daß nur ein „autoritäres Regime“ (Heil Hitler!) das Reich hätte retten können, das flachste, schlappschwanzigste und verlogenste Bild der Jahre 1914 bis 1920, das bisher ein „Historiker“ geliefert hat. Ehrlich und gekonnt, weil sie in die Seele des Mannes blicken lassen, wirken höchstens Kraftstellen wie diese: „Die Gewerkschaften mit ihren verderblichen Sekretären“ oder: „jener intellektualistisch-jüdische Flügel der anarchisch-unabhängigen Sozialdemokratie, der sich 1917 zur selbständigen Partei erklären konnte, ohne sofort verboten zu werden“ (S. 795), oder schließlich: „Darauf waren die hochverräterischen Berechnungen der sozialistischen Parteien eingestellt...“ (S. 800).

Es wäre unbillig, die übrigen Beiträge des Bandes mit dieser auch sprachlich erschreckenden Klitterung auf eine Stufe zu stellen, die wissenschaftliche Fundierung und die Zivilisationsmaske sitzen bei ihnen viel besser. Besonders bezeichnend sind da die von zwei handfesten und sonst gar nicht zimperlichen Hitlerpaladinen, Karl Haushofer und Bolko von Richthofen, verfaßten einleitenden Kapitel über Raumpolitik und Rasse als Grundlagen der Weltgeschichte, die sich durchaus sachlich und manierlich lesen, die aber den Leitgedanken der hakenkreuzrischen Geschichtsauffassung, daß jedem Volke seine geschichtliche Sendung durch die „Gesetze des Bodens und des Blutes“ vorgeschrieben, der deutsche „Lebensraum“ jedoch „besonders umdrängt, verstümmelt und zurückgeschnitten“ sei, sehr geschickt unter die Leute bringen:

„Niemand wird die Anerkennung des raumpolitischen Einflusses, einmal erfaßt, verschwinden können. Dafür ist die Frage der Raumverteilung auf Erden zu ernst, die furchtbare Liste der Sünden gegen eine Gerechtigkeit nach der Leistung und Entwicklungsfähigkeit der zugeteilten Erdenstücke auf die Völker zu groß, als daß die Mensch-

richten oder landflüchtig werden ließ, wie er es sonst gewohnt war.“ Denn Dionysius wollte nun endlich doch mit den Karthagern Krieg führen und brauchte dazu die Begeisterung seiner Syrakusaner. Auch deren Gedankengänge schildert Diodor sehr anschaulich: „Denn sie wünschten den Krieg nicht weniger als er, erstens aus Haß gegen die Karthager, die damals die Stadt bedroht hatten, als Dionysius die Alleinherrschaft proklamierte, und dann weil sie hofften, daß der Tyrann sich dann milder gegen sie betragen würde, da er sonst außer vom Feinde auch noch einen Angriff von den zu hart gehaltenen Untertanen befürchten mußte. Und was das wichtigste war, so hofften sie, wenn sie Waffen in die Hände bekämen und ihnen das Glück eine Gelegenheit darböte, ihre Freiheit wiederzuerlangen.“ Doch auch diese

Hoffnung trug. Zwar gelang die Empörung während des langwierigen Krieges so weit, daß Theodoros in offener Volksversammlung dem Tyrannen entgegenschleuderte, er sei nur herzhaft gegen seine Mitbürger, die Feinde aber wage er nicht einmal anzusehen, er sei nicht allein der Herrschaft unwürdig, sondern habe tausendfachen Tod verdient, er, der der Frieden nicht weniger scheue als den Krieg; doch die verbündeten Spartaner stellten sich auf die Seite des Tyrannen und so blieb die Freiheit wieder ein Traum. Die aufrührerischen Soldaten aber wurden in der nächsten Schlacht an die gefährdetste Stelle befohlen, wo sie von den Kathagern sämtlich niedergemetzelt wurden.

Also regierte Dionysius achtunddreißig Jahre... Kutusow.

## Braunkäppchen

Die „NS Lehrer-Zeitung“ hat gefordert, daß alle alten deutschen Kindermärchen in nationalsozialistischem Sinne umgedichtet sind. Den Vorschlägen der NSL folgend hat sich unser Mitarbeiter Max Baldauf umgeschaltet und mit folgendem Beitrag eingestellt:

Es war einmal ein armes, aber sauber gekleidetes Mädchen, das hieß Rotkäppchen und wollte, wenn es groß geworden, in den Bund deutscher Mädchen eintreten. Diesem Kinde händigte sein Vater, ein alter braver Frontkämpfer, einen Korb mit Erdbeeren aus und sagte: „Lauf mal schnell zur kranken Großmutter, mein Kind, und bring ihr die Erdbeeren.“ Rotkäppchen nahm den Korb und wie es in den Wald kam, wer begegnete ihr da? Natürlich der Wolf. Merkt ihr was? Er hatte eine sehr krumme Nase und hieß früher natürlich Wolfssohn, Isidor. Der fragte das Kind in fluchwürdiger asiatischer Arglist, wohin es wolle. „Zur Großmutter,“ entgegnete das Käppchen, „sie ist krank und liegt zu Bett.“ — „So, so,“ sagte der Krummnasige und dachte: dieses blonde, blauäugige, langschädliche Kind muß eine uralte germanische Großmutter haben, die hat meinem Stammesbaum bis jetzt grade noch gefehlt. Ein richtiger Schwapp Germanenblut würde mein mieses Äußeres sofort ein bißchen aufordern und mein ruchloses Treiben tarnen. „Wo wohnt denn deine Großmutter, mein Töchterchen?“ fragte der Untermensch weiter. — „Hinten im Walde“, antwortete das Käppchen und beschrieb ihm den Weg. „So, so,“ sagte der Fremdstämmige und trollte sich in be-

sagter Richtung mit dem schrägen, plattfüßigen Gange aller Minderrassen.

Als Rotkäppchen zur Hütte der Großmutter kam, hörte es schon von draußen ein häßliches Schnarchen. Das Mädchen trat ein, sah Großmutter im Bett liegen und sagte: „Heil Hitler! Großmutter, warum schnarchst du so?“

„Weil ich mir zur Verbesserung meiner Ahnengalerie soeben eine uralte Oma einverleibt habe,“ brummte es vom Bett her.

„Großmutter, warum hast du so große Zähne?“

„Damit ich besser raffan kann!“

„Großmutter, warum riechst du so nach Knoblauch?“

„Damit ich euch besser verdauen kann,“ sprang das Untier aus dem Bett — und was dann Entsetzliches mit dem blonden Germanenkind geschah, könnt ihr euch denken. Nicht einmal das Mützchen blieb übrig. Dann legte sich Wolfssohn wieder ins Bett und schnarchte weiter.

Dieses aber hörte ein hellhaariger, helläugiger, langschädlicher Jägersbursch, dessen Ahnen bis zu den friesischen Seeräubern zurückreichten und der gerade, das Horst-Wessellied singend, vorüberging. Er hatte ein braunes Hemd an, mit Hakenkreuz am Aermel, trat in die Hütte ein und sah im Bett den dicken Wanst des Untermenschen. „Ha, Verruchter!“ zog er sein Messer. „Wieder einmal ist deutsche Blutarbeit und Reinheit der mosaischen Tücke zum Opfer gefallen! Nieder mit Dir, marxistischer Raffke!“

Wolfssohn wollte aus dem Bett springen, aber schon saß dem Volkschädling das deutsche Messer in der Kehle und nahezu restlos

geküßt sank er zu Boden. Hurtig schnitt der Braunhemdige den Leib des Unholds auf, heraus sprangen Oma und Rotkäppchen, umringelten den Retter, küßten ihn und sprachen: „Gehe hin, reinige Deutschland, brich die Zinsknechtschaft, errette Germanien vom jüdischen und marxistischen Untermenschen, wie du uns gerettet hast, dann wird auch die Krise weichen, die Arbeitslosigkeit abnehmen und Gottes Segen, nämlich eine neue nationalkapitalistische Hochkonjunktur, nicht ausbleiben!“

Und wißt ihr, meine lieben Blondzöpfchen, wer der tapfere Jägersmann wohl war? Ihr werdet es leicht erraten! — Er hängt hinter mir an der Wand, dicht neben dem Christusbild.

Max Baldauf.

## Heimehen am Herde

### Deutsche Wände haben Ohren

In Breslau hat sich folgendes zugezogen:

In einem Haushalte lebten Vater, Sohn und Haushälterin, alle drei treu hitlerisch gesinnt, die beiden Männer seit langem Mitglieder der SA. Eines Tages ließ der Hausherr bei Tisch ein unpersönliches Wort fallen, sprach etwas weniger begeistert als sonst vom Dritten Reich, erhitze sich vielleicht über die Butterpreise. Die Haushälterin schweig zu allem — ging hin und denunzierte den Brotgeber bei seinem SA-Vorgesetzten. Sie wurde fristlos entlassen, und der Fall kam vor das Landesarbeitsgericht in Breslau.

Zwar entschied der Richter gegen die Denunziantin, zwar erklärte er die fristlose Entlassung für berechtigt, aber man muß lesen,

in welcher blumiger Weise er seine Entscheidung entschuldigte. Man spürt es — wohl war ihm nicht bei der Sache, denn wo käme das Dritte Reich ohne Spitzel und Angeber hin?

Es heißt in der Urteilsbegründung:

Nach den geläuterten Erkenntnissen nationalsozialistischen Arbeitsrechtes würden Führer des Betriebes und Gefolgschaft von einem Bande der Fürsorge und Treue umschlossen zur Förderung der besonderen Zwecke dieses Betriebes und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat. Diese urdeutsche Auffassung vom sittlichen Wesen des Arbeitsverhältnisses gelte in noch weit höherem Maße für dienstrechtliche Beziehungen im Schoße der Familie, wo engste Haus- und Tischgemeinschaft erhöhte Rücksichtnahme und vertieftes Wirken zum Wohle dieser Urzelle menschlicher und staatlicher Gemeinschaft erforderten...

Die fristlose Kündigung wegen groben Vertrauensbruches sei danach berechtigt gewesen. Einem Hausvater könne nicht zugemutet werden, auch nur einen Tag länger sich von einer Hausdame betreuen zu lassen, die harmlose Gerede bei Tisch heimlich zum Gegenstand einer hochoffiziellen Meldung mache, die für die ganze Familie unabsehbare Unzuträglichkeiten hätte heraufbeschwören können.

Man sieht: Mit der idealen nordischen Hausgemeinschaft des Dritten Reiches wäre es eine schöne Sache, wenn nur nicht ständig einer vor dem andern zittern müßte, die Führer des Hausbetriebes vor ihrer Gefolgschaft, die Gefolgschaft vor den Führern, die Eltern vor den Kindern, die Kinder vor den Geschw-

# Der Weg nach Königstein

## Ein Lebenslauf in die Folterkammer

heit sich die bescheidenen, bisher errungenen Teilösungen und Ausblicke wieder entreißen lassen könnte, wenn sie nicht auf Zusammenbrüche in bisher unerhörtem Ausmaß zutreiben, zu ziehen, zustützen will, gegen die der sogenannte Weltkrieg ein harmloses Vorspiel war." (S. 42/43.)

Man hört das unheimlich drohende Waffengeklirr hinter dem gelehrten Schreien nach „Raum!“, man hört die wissenschaftliche These, und nun bedürfte es nur noch des am ganzen Verlauf der Weltgeschichte erbrachten Beweises, daß die These auch stimmt. Aber merkwürdig, mit dem will es nicht so recht vom Fleck, an dem allen Autoren offenbar aufgetragenen Gebot „objektiv“ und zivilisiert zu schreiben, werden alle Lehrsätze des Hitler-Rosenbergischen Geistes regelrecht zuschanden. Man atmet ordentlich erleichtert auf, wenn man bei Gelegenheit des Augustus dem Führermythos in den Worten dem begegnet: „Da war er Römer, der, dem Gesetz verpflichtet, sich fügte, als alle Instanzen ihn unausweichlich beauftragten, alles, was dem Souverän eignete, als sein ‚Sachwalter‘, als ‚Vormund‘ zu betreten. Augustus wurde Träger alles Weltens Roms, Abbild dieses Rom, Rom selbst aus seiner Kraft Bild seines Wesens“ (sic; S. 220); wenn die einen greisen Staat veratete Organisationshypertrophie des Diktator zum Muster des staatlichen Gefolgschaftswesens erhoben wird:

„Bürokratie und Heer waren im Gedanken des Gehorsams gegen den Befehl des Herrschers, des soldatischen ‚Dienstes‘ der Gefolgschaft verbunden. Der Gefolgschaftgedanke aus der Kampfzeit wurde hier zu dem des Heers der Staatsdiener geweiht“ (S. 260);

oder wenn der Mord als bewährtes Auskunftsmittel der germanischen Politik anerkannt wird:

„Daß die Familie (der Merovinger) nicht zu vielköpfig und das Erbe nicht zu sehr zerstückelt werde, dafür sorgen Bürgerkriege und im Notfall der Mord. So sind 524 drei Enkel Chlodwigs schon als Kinder von ihren Oheimen ungebracht worden, da die Großmutter sich weigerte, sie zu Geistlichen scheren zu lassen, um ihnen das Leben zu retten. ‚Lieber tot als ehelos!‘ rief sie aus“ (S. 305).

Wäre „Knaurs Weltgeschichte“ schon vor dem 30. Juni draußen gewesen und hätte Röhm diese heroische Legende gekannt, fürwahr, er wäre heldischer gestorben!

Sonst aber, von solchen erquicklichen Oasen abgesehen, breitet sich vor uns die gewohnte dürre Steppe der „liberalistischen“ Geschichtsschreibung mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angaben und Ableitungen und bisweilen tauchen Sätze auf, Sätze — nun, man höre selber:

„Die französische Revolution darf nicht als ein Ergebnis planmäßigen Wollens gedeutet, sondern muß aus dem Zusammen-

Die heroische Gemütshaltung läuft auf Befriedigung des Besitz- und Machtstrens hinaus. Sie ist Religion mit dem Endziel der Plünderung.

Walther Rodé: Deutschland ist Caliban.

Hinter den nationalen Idealen, denen der Nationalsozialismus zu dienen vorgibt, verbirgt sich in so und so vielen unzählbaren Einzelfällen nichts anderes als die egoistische Spekulation gegen die leistungsfähigere Konkurrenz. Es ist nicht das erstmal in der deutschen Geschichte, daß sich neiderfüllte oder rachelüsterne Interessengruppen unter der antimarxistischen und antisemitischen Parole sammeln. Aber es ist das erstmal, daß unter dem Vorwand eines politischen Kampfes der Konkurrenz den Konkurrenten im buchstäblichsten Sinne des Wortes in die Folterkammer schickt. Nicht in jedem Falle mag dieser Zusammenhang der nationalen Erhebung mit privaten Rache- und Vernichtungsbedürfnissen an Tatsachen schlüssig nachweisbar sein. Um so wichtiger als aufhellende Beispiele sind Fälle, in denen dieser Nachweis bündig geführt werden kann. Ein solcher Fall soll hier geschildert werden. Es ist ein Lebenslauf, der nach glücklicher Ueberwindung außergewöhnlich schwieriger Verhältnisse, nach manchem Abenteuer und endlichem Erfolg ins Konzentrationslager des Dritten Reiches führt — es ist ein Wunder zu nennen, daß das Ende nicht der Tod in der Folterkammer war!

### Das Vorspiel

Im Herbst 1915 richtet in Nürnberg ein junger Zahntechniker seine erste Praxis ein. Er ist erst 26 Jahre alt, hat aber schon ein abenteuerliches Leben hinter sich. Als halbes Kind aus dem von Krieg und Revolution erstmalig erschütterten zaristischen Rußland vertrieben, ist er 1905 nach Deutschland gekommen und im Laufe der Jahre Bau-

wirken verschiedener Tatsachenreihen erklärt werden, deren wichtigste der wirtschaftliche Aufstieg und der daraus erwachsene Anspruch des Bürgertums ist, die politischen und sozialen Einrichtungen nach seinem Bilde und seinen Bedürfnissen umzugestalten. Wie alle Revolutionen, die diesen Namen verdienen, wurzelt also auch die Umwälzung von 1789 in einer bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Spannung zwischen den wirklichen sozialen Kräfteverhältnissen und den politischen Institutionen, die die Mitlebenden wie Fremdkörper amuten“ (S. 602).

Wenn da nicht der marxistische Ueberbau- und Revolutionsgedanke geistert umgeht, wollen wir uns getrost der Merovingischen Großmutter zur weiteren Behandlung anvertrauen, und was noch schwerer wiegt: der Satz ist nicht vielleicht eine zufällige Entgleisung seines Verfassers Rodén, son-

der zum Vorschein kommen. Während des Prozesses dingt Merz zwei Kumpane, ehemalige Offiziersstellvertreter, die ein Attentat auf Tabaschnik verüben sollen. Die beiden „Rächer“ erscheinen jedoch nach einer durchzechten Nacht bei Tabaschnik in der Wohnung, legen ihre Revolver auf den Tisch und beichten zerknirscht ihren Auftrag, von dem sie sich lossagen, weil sie erfahren hätten, daß „Tabaschnik ja ein anständiger Mensch sei“ und sie nicht zu Mördern werden wollten. Der Prozeß endet mit der formalen Verurteilung Tabaschniks zu einer Geldstrafe, die von der Berufungsinstanz in eine durch die Bewährungsfrist praktisch aufgehobene Gefängnisstrafe umgewandelt wird. Der moralisch Verurteilte aber ist Merz, der bald nach dem Prozeß nach Berlin fährt und dort Selbstmord begeht.

### Ein Prozeß und zwei Revolver

Seine junge Praxis richtet sich sehr gut ein. Aber er, schon als Jude und Russe exponiert, gerät als Freund der Arbeiter, deren Los er solange geteilt hat, in Konflikt mit Nürnberger Führern des Deutschen Schutz- und Trutzbundes, deren übliche Machenschaften mit Bestechungsgeldern er erfährt und anzeigt. Es kommt zu einem politischen Beleidigungsprozeß. Der deutschvölkische Ingenieur Merz ist der Kläger; Streicher, der inzwischen „berühmt“ gewordene Judenstürmer von Nürnberg, und Bressel, damals kommunistischer Betriebsratsvorsitzender der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, jetziger Arbeitsfront-Leiter von Nürnberg, treten als Zeugen für Merz auf. Es ist ein merkwürdiger Prozeß; wichtige Zeugen des Beklagten werden überhaupt nicht gehört, Beweisanträge für seine Sache werden ignoriert, die entscheidenden Dokumente, zwei Schecks über 5000 und 10.000 Mark aus einem deutschvölkischen Korruptionsfonds, von Merz ausgestellt und von einem Kriminalbeamten aus den Händen der Empfänger beschlagnahmt, verschwinden auf rätselhafte Weise aus den Polizeialkten; angeblich hat sie eine Militärbehörde „in Verwahrung“ genommen, aus der sie nicht wie-

der zum Vorschein kommen. Während des Prozesses dingt Merz zwei Kumpane, ehemalige Offiziersstellvertreter, die ein Attentat auf Tabaschnik verüben sollen. Die beiden „Rächer“ erscheinen jedoch nach einer durchzechten Nacht bei Tabaschnik in der Wohnung, legen ihre Revolver auf den Tisch und beichten zerknirscht ihren Auftrag, von dem sie sich lossagen, weil sie erfahren hätten, daß „Tabaschnik ja ein anständiger Mensch sei“ und sie nicht zu Mördern werden wollten. Der Prozeß endet mit der formalen Verurteilung Tabaschniks zu einer Geldstrafe, die von der Berufungsinstanz in eine durch die Bewährungsfrist praktisch aufgehobene Gefängnisstrafe umgewandelt wird. Der moralisch Verurteilte aber ist Merz, der bald nach dem Prozeß nach Berlin fährt und dort Selbstmord begeht.

### Zwischenspiel in der Sächsischen Schweiz

Tabaschnik, dem Nürnberg durch diesen Prozeß verleidet ist, ergreift eine sich bietende Gelegenheit zur Ueberiedlung nach Sachsen. Er läßt sich 1921 in dem Städtchen Hohnstein in der Sächsischen Schweiz nieder. Es ist dasselbe Hohnstein, das später durch die Jugendburg Hohnstein in gutem Sinne und nach der Umwandlung dieser Jugendburg in ein Konzentrationslager des Dritten Reiches in schändlichem Sinne in der ganzen Welt bekannt geworden ist. Ein Jahr später siedelt Tabaschnik nach der Sommerfrische Krippen an der Elbe über. Politisch ist er weder in Hohnstein noch in Krippen tätig. Da er aber zur Behandlung der Krankenkassenpatienten des Bezirkes zugelassen wird und dadurch Arbeiterkundschaft erhält, mit der er sich auch sonst besser versteht als mit den Kleinbürgern in den Sommerfrischen-Villen, findet sich bald

wegung eine Naturerscheinung“ nannte, „wie sie in der Geschichte der Völker vereinzelt vorkommt? Sie ist vergleichbar mit den gewaltigen Eruptionen, die einst die Gebirge entstehen ließen und die man nicht ‚ablehnen‘ oder ‚annehmen‘ kann. Sie sind einfach da und man hat sich mit ihnen abzufinden“. In der Tat, Meister Rosenberg, nur noch als „Naturerscheinung“ ist die Hakenkreuzerei wissenschaftlich zu „retten“, als geschichtliche Größe aber unterliegt sie jenem Gesetze, das auch die „vom lebendigen Geist der Gegenwart erfüllte“ Knaursche Weltgeschichte nicht aus der Welt zu schaffen vermag und das historische Mißbildungen an der „zur Unerträglichkeit gesteigerten Spannung zwischen den wirklichen sozialen Kräfteverhältnissen und den politischen Institutionen“ zugrunde gehen läßt. A. K.

den nach denselben Grundsätzen werden Renaissance, Reformation, das Jahr 1848 u. a. dargestellt und in ihrer internationalen, überrassischen und überrassischen Bedeutung gewürdigt, die marxistische Art der Geschichtsbetrachtung ist also offenbar ein nicht mehr auszuschaltendes Element jeder einigermaßen sachlich vorgehenden Geschichtsschreibung geworden.

Wundert man sich da noch, wenn der getreue Eckart des Dritten Reiches, Alfred Rosenberg, neuerdings vor den Münchner nationalsozialistischen Studenten erklärte, daß es „eine objektive Geschichtsschreibung nicht gebe und daß es an der Zeit sei, eine deutsche Geschichtsschreibung anzumelden“? Und wenn er die „nationalsozialistische Be-

Pulse mit unsern Wollstrammuffchen!“, dann predigen sie in ganz andern Tönen. Zum Beispiel so:

„Getragen von dem großen Verantwortungsbewußtsein, für ihren Teil am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands mitzuarbeiten, unternimmt es . . .

Wer unternimmt? Der Reichstag? Die Arbeitsfront? Die Brauenschaft? Aber nein, unternimmt es die deutsche Schirmbranche sich mit einem Preisausschreiben an das gesamte deutsche Volk zu wenden. Wir wenden uns insbesondere an alle denkenden Schirmfreunde . . .“ usw. usw.

Dieses Zitat ist wörtlich einem von Karstadt, Berlin, herausgegebenen Sonderdruck entnommen, und das ganze heißt:

„Preisausschreiben der deutschen Schirmfront“. Schirmfront? Wir lauschen. Ja dann allerdings! Eine „Front“, das ist schon etwas, eine „Front“ berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, für eine „Front“ ist kein Pathos gewaltig genug. Hoffentlich hat die Schirmfront nicht verabsäumt, Adolf Hitler zum obersten Schirmherrn zu ernennen.

Es eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten. Bei der Schirmfront darf und wird es natürlich nicht bleiben. Wir sind begeistert, wir schlagen Neugründungen vor und hoffen, daß unsere Stimme im Propagandaministerium nicht ungehört verhallen wird.

Wie wäre es mit einer deutschen Pantoffelfront? Man denke, welche Aussichten sich hier ergeben! Die Pantoffeln können handgestickte Hakenkreuze, Elchenkränze oder Führerbilder tragen, abertausend Stickerinnen bekommen lohnende Beschäftigung, von den Babuschkenmachern gar nicht zu reden. Die

Pantoffelfront wäre wiederum in eine Dachorganisation — etwa in die „deutsche Haussegenfront“ — einzugliedern, der sich gleichzeitig andere Fronten anschließen hätten, z. B. die NS-Wärmflaschenfront, die NS-Wandspruchfront, die Sofaschoner-, die Nippes-, die Kaffeewärmer-, die Vertiko- und die Handarbeitsfront, Gruppe Kreuzstich.

Es ist im Dritten Reich an Front-, Bund- und Gruppenbildung, an Um-, Zwischen- und Eingliederung, an Neu- und Ueberorganisation schon allerhand geleistet worden — aber Größeres bleibt noch zu tun übrig. Fronthell der Regenschirmfront! Sie hat neue Wege gewiesen.

### Pfui Schiller!

„Ein Wesenszug begegnet uns zunächst, worin wir dem heutigen Schiller wesentlich fern stehen: Es ist seine scharfe Trennung der geistig-willensgemäßen und der sinnlich-triebhaften Natur des Menschen und die damit verbundene Hochwertung des Geistig-Vernunftgemäßen.

Aus „Schiller und die Gegenwart“ von Walter Linden in der Zeitschrift für „Deutsch-Kunde“.

### Immer feste druff!

In den »Schlesischen Monatsheften«, Blätter für nationalsozialistische Kultur des Südostens, findet sich folgender Kernspruch:

»Wer Gott vertraut und um sich baut hat wohl gebaut.«

So ähnlich wird Christus es wohl auch gemeint haben.

stern und jeder vor sich selbst und seinem Vorgesetzten. Trautes Heim, Glück allein!

Eines mag die Geplagten trösten: oben in der Führerfamilie geht es nicht besser zu, das könnte nicht nur Röhm bezeugen.

### Zulässig — unzulässig

Führerköpfe nur getrennt im Handel Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht regelmäßig die Entscheidungen, die auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933“ gefällt wurden, das heißt, er gibt bekannt, welche Geschmackslosigkeiten erlaubt und welche verboten sind. Aus der letzten Nummer erfährt man z. B., daß Laubsägefiguren, SA- und SS-Männer darstellend, sowie Laubsägevorlagen, darstellend den Kopf des Führers und Reichskanzlers, von Eichenlaub umgeben, als zulässig gelten. Viel interessanter ist aber die Rubrik, die den Titel „unzulässig“ trägt.

Unzulässig sind:

„Ansichtspostkarten, darstellend den Führer und den Gauleiter Julius Streicher.“ Das ist zu verstehen. Hitler duxst sich mit Streicher, Hitler gestattet dem Streicher, wie ein Irrsinniger zu wüten, Hitler duldet wohlwollend die blutige Mordhetze, die bestialische Gemeinheit des Streicherschen Pogromblattes, aber seinen Kopf neben Streichers Kopf in jedes Untertanen Schoß zu legen, kann selbst dem Kanzler nicht zugemutet werden.

Unzulässig sind weiter: „Bildnisse, darstellend die Herren Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler, Ministerpräsident Göring, Reichsminister Dr. Göbbels.“

Diese Maßnahme soll, wie uns glaubhaft versichert wird, von Göring und Göbbels in seltener Eintracht verfügt worden sein. Seit dem 30. Juni lassen sie ihre Köpfe nicht mehr gern mit Hitlers Portrait vereinigen. Sie sind abergläubisch geworden.

### Dietrich über Husslerl

#### Unfall des Reichspressechefs

Wenn ein Nazi gebildet tut, gibts immer ein Malheur. Es war aber, vom Rassestandpunkt aus gesehen, schon eine Katastrophe, wenn sich der Reichspressechef Dietrich neulich in Köln folgendermaßen vernehmen ließ: „ . . . der deutsche Philosoph Edmund Husslerl hat in einem Schreiben an den 8. Internationalen Philosophenkongreß die drohende Gefahr des Absterbens der Philosophie am besten zum Ausdruck gebracht . . .“ Ist es dem Reichspressechef Dietrich völlig entgangen, daß Edmund Husslerl ein in der Tschechoslowakei geborener Jude ist, also sozusagen einer der „Weisen von Zion“, die sich gegen das germanische Volk so fürchterlich verschworen haben? Und der soll über die Gefahr des Absterbens der Philosophie, das nirgends größer ist als im Dritten Reich, das Beste geschrieben haben?

Streicher über dir!

### Der neue Frontgeist

#### Hell Regenschirm!

Wenn deutsche Geschäftsleute in dieser Zeit für Haferflocken oder Kragenschoner, für Pulswärmer oder Bettvorleger Reklame machen wollen, dann sagen und schreiben sie nicht: „Eßt unsre Haferflocken, wärmt eure

ein Anlaß für die „müßigste Konkurrenz, ihn als „Roten“ zu verschreien und ihm die bürgerlich gesinnte Kundschaft abzutreiben.

## Das Schlußkapitel beginnt in Pirna

Sieben Jahre lebt er in dem kleinen Ort. Im Jahre 1929 verliert er seine Praxis nach der alten Elbestadt Pirna. Auch hier wieder wird ihm die Behandlung der Kassenpatienten zugesprochen. Seine Praxis geht gut; bis zu vierzig Patienten täglich vertrauen sich seiner Behandlung an. Neidische Kollegen beobachten das mit scheelen Augen, und sie arbeiten nun daran, den Juden aus der Zulassung zur Kassenpraxis zu verdrängen, wobei sie sich zu unrecht auf die Nichtzugehörigkeit des unbehaglichen Kollegen zu ihrem Verband berufen. Aber das Oberversicherungsamt entscheidet zugunsten Tabaschniks und gegen die Konkurrenz, die jedoch weiter gegen ihn arbeitet und ihn, den sie ein andermal Arbeitern gegenüber als angeblichen „Wrangel-Russe“ verdächtigt, in bürgerlichen Kreisen als „Roten“ verlistet.

## Ein heißes Eisen

Von Tabaschnik „politisch Vergangeneheit“ und der Nürnberger Affäre weiß man in Pirna nichts; das sind vergangene und vergessene Geschichten. Tabaschnik aber, von rechtlischem Empfinden getrieben, faßt ein anderes heißes Eisen an: er tritt gegen die korrupten Praktiken gewisser Kollegen auf. Und hier beginnt jener Abschnitt seines Lebenslaufes, der geradewegs in die Folterkammern der SA führt.

Die Schulzahnpflege wird zu dieser Zeit in Pirna von den Zahnärzten Dr. Drescher und Dr. Flössel versehen. Ihre von der Stadt bezahlte Aufgabe ist es, vorhandene Zahnschäden bei den Schülern festzustellen. Die nötige Behandlung vornehmen zu lassen ist dann Sache der Eltern. Weil ihnen aber von den Lehrern aus nahegelegt wird, die Schulzahnärzte für ihre „uneigennützig“, tatsächlich aber honorierte Tätigkeit zu unterstützen, fallen diesen beiden Zahnärzten etwa 80 Prozent der von ihnen als nötig bezeichneten Zahnbehandlungen zu.

Dr. Drescher ist Vorsitzender des Verbandes Sachsen der nationalsozialistischen Zahnärzte. Er schwärmt seinen Patienten gegenüber von Hitler und gibt ihnen den „Völkischen Beobachter“ zu lesen. Er ist enorm verschuldet; an manchen Tagen steht sein Name mehrmals am schwarzen Brett des Amtsgerichts in der Reihe der zur Leistung des Offenbarungseides Geladenen.

Dr. Flössel ist damals noch der Freund des ersten Bürgermeisters Dr. Gaitach, der nach der Machteroberung Hitlers abgesetzt und darüber wahnsinnig geworden ist. Dr. Flössel aber ist heute noch Schulzahnarzt und läßt die Schüler bei seinem Eintritt ins Schulzimmer stramm stehen und mit „Heil Hitler“ grüßen.

## Schulzahnärzte, die nicht zahlen können

Bei diesen beiden Schulzahnärzten fällt es immer häufiger auf, daß sie bei ihren Untersuchungen Schäden vermerken, die gar nicht vorhanden sind. Das wird von Zahnärzten und Dentisten wiederholt festgestellt, die einen Teil der Schüler in Behandlung bekommen. Sie schrecken jedoch vor einer Anzeige zurück, weil sie sich durch die Verbandsstatuten zu „kollegialem Verhalten“ verpflichtet fühlen. Schließlich wenden sich mehrere Eltern an Tabaschnik. Er untersucht einige der von Dr. Flössel betreuten Kinder noch einmal und stellt fest, daß Dr. Flössel einem Jungen vierzehn Plomben verschrieben hat, bei dem nur drei nötig sind. Bei einem anderen Schüler, der soeben erst zahnärztlich behandelt worden ist, vermerkt Dr. Flössel sieben Plomben als erforderlich. Bei den anderen Kindern ist der Befund ähnlich. Für Kinder mit völlig gesunden Zähnen sind sieben und acht Plomben vorgemerkt.

Tabaschnik teilt dieses Ergebnis seiner Untersuchung zwei Stadträten mit und erstattet Anzeige beim zweiten Bürgermeister Scheuffler, dem das Schulwesen untersteht. Dieser Scheuffler ist auch eine Zierde der Stadt. Ganz Pirna kennt ihn nicht nur als Bürgermeister, sondern auch als notorischen Süßer, und es geschieht nicht selten, daß er des Nachts, manchmal auch am Tage, sternhagelvoll auf der Gasse aufgesessen und nach Hause geschleppt werden muß, so daß schließlich der Stadtrat sich genötigt sieht, dem zweiten Bürgermeister der Stadt unter Androhung der Pensionierung ein Trinkverbot aufzuerlegen.

Dieser Scheuffler also läßt die Anzeige zu Protokoll nehmen und verspricht die weitere Verfolgung der Angelegenheit. Schon am nächsten Tage erfährt Tabaschnik, daß die betreffenden Kinder zur nochmaligen Untersuchung zu Dr. Flössel bestellt seien. Er verlangt nun vom Bürgermeister Scheuffler, daß

# Dreißig Pfennig Stundenlohn!

Jahreslohn des Tabakarbeiters 1931 — 1385 Mark, 1934 — 720 Mark

Zu den Arbeiterkategorien, die unter der Zucht des Dritten Reiches am schwersten leiden, gehören die Tabakarbeiter. Noch am 12. November 1934 mußte der Reichsfachgruppenleiter für Tabak Pg Altwater auf einer Kundgebung in Mannheim das Lohnelend dieser Berufsgruppe zugeben, indem er ausführt:

„Nach der Machtübernahme wurde dann das Tarifierungsamt geschaffen, das in mühseliger Arbeit an Hand von tausend Prüfungen feststellte, daß 60 Prozent der Zigarren zu niedrig tarifiert waren. Bei einer in diesem Monat stattgefundenen Prüfung von 32 Betrieben hat sich herausgestellt, daß nur 17 davon tarifliche Sätze bezahlen. Die außerordentlich niedrigen Einkommen durch diese in großem Maße stattfindende untertarifliche Bezahlung hat dazu geführt, daß bei tausenden Tabakarbeiterfamilien das Winterhilfswerk einspringen mußte.“

Was sagt der Sondertreuhänder für das Tabakgewerbe zu diesem Jammer der ihm Schutzbefohlenen. Großspurig erklärte ein Referent auf der großen Gemeinschaftstagung der Pfalz, an der die Tabakarbeiter beteiligt waren: „Die Aufgabe des Treuhänders ist, das höchste Gut, die Arbeit zu verwalten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Treuhänder besondere Vollmachten.“ Wie dieser Ausbeuterknecht, genannt „Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Südwest als Sonder-Treuhänder für die deutsche Zigarrenherstellung“ das Arbeiterelend von Staats wegen verewigt, dafür spricht folgende Verordnung:

„Karlsruhe den 19. Oktober 1934.“

„Als Sondertreuhänder der Arbeit für die Zigarrenindustrie erlasse ich gemäß § 32, Abs. 2, des Gesetzes der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 nach Beratung in dem Sachverständigenratsschuß zur Behebung der auf Grund der Lohnerhebung festgestellten größten Mißstände folgende Vorläufige Ergänzung der geltenden Reichstarifordnung für die deutsche Zigarrenherstel-

lung: Mit Beginn derjenigen Lohnwoche, die nach dem 1. November 1934 beginnt, beträgt der Mindestakkordverdienst für Zurichter, Wickelmacher, Roller und Sortierer 30 Rpf. in der Stunde. Auf diesen Mindestlohn haben alle vollwerbsfähigen Gefolgschaftsleute Anspruch.“

Es braucht nicht besonders erläutert zu werden, daß dieser Mindestlohn von dreißig Reichspfennig pro Stunde gleichzeitig als Normallohn anzusehen ist. Denn die Fabrikanten, die durch den Sondertreuhänder zu diesem Lohnsatz gezwungen werden mußten, sind nicht bereit das Niveau der Tarifordnung des Dritten Reiches zu überschreiten. Mit Hohn und Spott bemerkt der Pg Altwater:

„So ergeht heute nach der Ergänzung der Tarifordnung durch den Sondertreuhänder an dich deutscher Zigarrenarbeiter der Ruf zur Erhaltung und Erhöhung deiner Leistung. . . . ein Verräter an der Leistungs- und Volksgemeinschaft aller Schaffenden aber ist der, der in seiner Leistung zurückgeht, weil ihm der Mindestlohn sicher ist.“

Selbst wenn man acht Stunden Tagesarbeit zugrundelegt, was heute keineswegs allgemein besteht, so ergibt sich ein Tagesverdienst von 2.40 Mk. oder 14.40 in der Woche. Die Lohnstatistik der Arbeitsfront zeigt, daß im Durchschnitt für den Tabakarbeiter noch keine 14 Mk. Wochenlohn erreicht werden konnten.

Bei 300 Arbeitstagen käme der Vollarbeiter auf ein Jahreseinkommen von 720 Mk., während der frühere Deutsche Tabakarbeiter-Verband für 1931 ein Jahresdurchschnittseinkommen von 1385 Mk. feststellen konnte.

Einst waren die Zigarrenmacher Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung. Aus ihren Reihen waren hervorragende Führer der Sozialdemokratie hervorgegangen, sie hatten frühzeitig die Notwendigkeit solidarischen Handelns erkannt. Nach dem Krieg hatte die Tabakarbeitergewerkschaft das Lohnelend durch Reichstarifverträge gebannt. In den

Jahren nach der Inflation hatte der Verband 1927 eine Riesenaussperrung von 90.000 Arbeiterinnen und Arbeitern erfolgreich abgeschlagen, und heute darf im Hitler-Deutschland ein „Treuhänder der Arbeit“ die ihrer Gewerkschaft beraubten Tabakarbeiter mit dreißig Pfennig Stundenlohn beglücken. Der Reichsfachgruppenleiter aber ruft den versammelten Tabakarbeitern im Rosengarten in Mannheim zu:

„Wir erwarten, daß diese Neuregelung bei unseren Gefolgschaftsmitgliedern ein Ansporn zu größerer Leistung ist.“

Wir erwarten, daß diese Schande den Arbeitern ein Ansporn sein wird, den Nazismus, diesen Treuhänder des arbeitfeindlichen Großkapitalismus, im siegreichen Kampf zu überwinden.

## Frühere Angestellte sollen verhungern

Vor dem Spruchsenat der Arbeitslosen-Versicherung kommen immer wieder Fälle zur Verhandlung, in denen frühere Angestellte auf die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung klagen. Im Reichsarbeitsblatt wird ein Fall berichtet, in dem ein früherer Abteilungsleiter einer Allgemeinen Ortskrankenkasse den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung geltend machte. Der Spruchsenat hat den früheren Krankenkassenangestellten mit der Begründung abgewiesen, daß er nicht angestelltenversicherungspflichtig war, weil er Pensionsanspruch hatte. Dieser Pensionsanspruch ist ihm aber auf Grund des berichtigten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das die Nationalsozialisten kurz nach der Machtübernahme herausgaben, genommen worden. Der Angestellte ist mit vielen tausend anderen damals fristlos aus seiner Stellung herausgeworfen worden, um den nationalsozialistischen Krippenjägern Platz zu machen. — So verstanden die Nationalsozialisten die „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.

Fristlos entlassen, ohne Erwerb, ohne Pensionsanspruch, ohne Aussicht, in absehbarer Zeit Stellung zu erhalten, wollte dieser Angestellte wie viele seiner Kollegen wenigstens den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zugewilligt erhalten. Die Gerichte des Dritten Reiches verweigern den Angestellten dieses Recht!

Das Urteil bedeutet, daß dieser Angestellte und alle, die von dem gleichen Schicksal betroffen wurden, dem Verhungern ausgeliefert sind, obwohl er einmal hohe Beiträge für die Angestelltenversicherung und Pensionskasse gezahlt hat. Das ist „soziale Fürsorge“ im Dritten Reich!

Die Eltern von Göbbels sind in das Konzentrationslager gekommen, weil sie den Josef so »mies gemacht« haben.

## Das Urteil ist schon gefällt

Immer wieder, durch Jahre hindurch tritt Tabaschnik besonders im Interesse der Krankenkassen und ihrer Patienten gegen die betrügerischen Praktiken dieser noblen Kollegen auf. Das hat natürlich eine grenzenlose Feindschaft gegen den „Störenfried“ zur Folge und die Rache ist ihm längst geschworen. Die erlauchten Spitzen dieser beleidigten Konkurrenz warten nur auf die Gelegenheit. Schon lange bevor sie sich bietet, erklärt der Pirnaer Dentist Lommatzsch, auch ein NSDAP-Funktionär, Dritten gegenüber, daß über diesen Tabaschnik das Urteil schon gefällt sei! Ein halbes Jahr vor dem Umsturz wird Tabaschnik in einem Schreiben der Pirnaer Ortsgruppe des Dentistenverbandes an die Pirnaer Ortsleitung der NSDAP als „ganz links stehend“ denunziert und dementsprechend zur Vormerkung empfohlen.

## In der Hölle von Königstein

Endlich ist der langersehnte Tag der Rache da! Am 5. März 1933 steigt Hitler — am 6. März wird in Tabaschniks Wohnung die erste Hausausuchung vorgenommen. Sie verläuft natürlich völlig ergebnislos. Aber das macht nichts; „das Urteil ist schon gefällt“. Am 25. März wird Tabaschnik verhaftet und in die sogenannte „Fronveste“ in Pirna gesperrt. Am 5. Mai 1933 wird er ins Konzentrationslager Königstein überführt. Das ist die Hölle, in der fürchtbar, mit unausdenkbaren Martern gequält wird, was der Außenseiter „verbrochen“ hat. Vierfache „Schuld muß er büßen; er war der mißliebige Kollege, der sich nicht stillschweigend und mittuend der holden Eintracht skrupelloser Verdienner einfügte; er hatte sich als „Roter“ verdächtig gemacht; er ist staatenloser Russe; er ist Jude!

Was er als „Schutzhäftling“ in Königstein erlebt und erlitten hat, erzählt Max Tabaschnik in dem Buche „Konzentrationslager“, das als dokumentarische Tatsachenschilderung aus acht Konzentrationslagern des Dritten Reiches in der Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad erschienen ist. Königstein war die Hölle, erludet bis zum Selbstmordversuch. Mit den Narben der Pulsaderschnitte an den Handgelenken lebt Tabaschnik in der Emigration. Staatenlos, heimatlos, existenzlos. Seine Feinde rufen „Heil Hitler!“ Der unbehagliche Widersacher ist gründlich vernichtet; es lebe das Dritte Reich! Und in der Praxis Tabaschniks in Pirna sitzt heute — Herr Dr. Drescher! Manfred.

diese Untersuchung nur im Beisein des Anzeigerstatters und eines Dritten vorgenommen werden dürfe. Daraufhin werden die Kinder nach der Dresdner Schulzahnklinik geschickt, die die beanstandeten Untersuchungsergebnisse Dr. Flössels zu etwa 70 Prozent als falsch feststellt, beim Reste der falschen Angaben jedoch „Irrtümer“ für möglich hält. Trotz dieser Feststellungen bleiben die beiden Schulzahnärzte in ihrer Funktion. Die Stadtverordneten beschäftigen sich wiederholt mit der Angelegenheit, können aber nicht entscheiden, weil der erste Bürgermeister Dr. Gaitach aus Freundschaft für Dr. Flössel die Entscheidung im Stadtrat immer wieder zu vermeiden weiß.

## Betrogen ist auch verdient

Nach den Vereinbarungen zwischen dem Verbande der Ortskrankenkassen und den Organisationen der Zahnärzte und Dentisten wird für bestimmte zahnärztliche Leistungen auf die Einzelsätze ein sogenannter Silikat-zuschlag für Verwendung besseren Materials gewährt. Trotzdem berechnen gewisse Zahnärzte ihren Patienten noch Extrasätze für die gleiche, schon von der Kasse honorierte Leistung. Dr. Drescher hat diese Ueberforderungen in einigen Fällen sogar gerichtlich einzuklagen versucht, dann aber doch lieber die Klagen zurückgezogen, wenn die Beklagten sich als über den rechtlichen Sachverhalt aufgeklärt erwiesen.

In anderen Fällen werden die Krankenkassen dadurch geprellt, daß ihnen zahn-technische Arbeiten berechnet und von ihnen honoriert werden, die gar nicht oder nicht in der berechneten Ausführung gemacht worden sind. Auch da ist Herr Dr. Drescher mit dokumentarisch beweisbaren Manipulationen beteiligt.

Auch der Dentist Wiesenborn in Heidenau bei Pirna, der als nationalsozialistischer Redner auftritt, hat die Kasse wiederholt auf solche Weise betrogen. Er hat z. B. Plomben berechnet bei Patienten, die gar keinen Zahn mehr im Munde hatten. Er hat die Anfertigung künstlicher Gebisse berechnet bei Leuten, die noch vollständig ihre eigenen Zähne hatten. Daraufhin ist ihm schließlich auf Antrag der Ortskrankenkasse Heidenau und durch Beschluß des Oberversicherungsamtes Dresden die Zulassung zur Kassenpraxis überhaupt entzogen worden — nach dem Umsturz aber hat der Herr das Recht zur Behandlung von Kassenpatienten prompt wiedererhalten!

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saar-gebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.